Nr. 8 1919

Flugschriften des Tag

Fort mit Erzberger!

Von

Karl Helfferich

AUGUST SCHERL G·M·B·H BERLIN

1355 **HELFFERICH, Karl.** Fort mit Erzberger! Berlin, Scherl, (1919). 83 Seiten. Orig.-Karton (Flugschriften des „Tag“, 8). 80.–

Erste Ausgabe. – Kosch, Biographisches Staatshandbuch 1,501 – Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte 1,1103 – NDB 8,470 – „In der Weimarer Republik schwenkte Helfferich (1872–1924), der vor dem Ersten Weltkrieg dem nationalliberalen Lager zugerechnet wurde, scharf nach rechts und schloß sich 1919 der DNVP an. Hier herrschte er als Mitglied des Parteivorstands unbestritten über die Partei, deren erbitterte Gegnerschaft zur Weimarer Staatsform und zur ‚Erfüllungspolitik‘ er entscheidend prägte. Er propagierte die ‚Dolchstoßlegende‘ und begann nach der Unterzeichnung des Vertrags von Versailles eine ungewöhnlich gehässige Polemik gegen den Reichsfinanzminister Erzberger, den er als ‚Reichsverderber‘ für die Annahme des Friedensvertrages und den ‚moralischen Kollaps‘ Deutschlands zur Verantwortung ziehen lassen wollte. Erzberger strengte daraufhin einen Beleidigungsprozeß an“ (W. E. Peterson in Benz/Graml 134).

Hauck, Stuttgart JÜNGERKATALOG 1995

Fort mit Erzberger!

Von

Karl Helfferich



Flugschriften des „Tag“ Nr. 8

Druck und Verlag von August Scherl G. m. b. H.
Berlin

Vorwort

Von zahlreichen Freunden und noch zahlreicheren Unbekannten werde ich täglich bestürmt, die von mir im Laufe der letzten Wochen in der „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung" veröffentlichten Artikel gegen den Reichsfinanzminister und Stellvertretenden Präsidenten des Reichsministeriums, Herrn Matthias Erzberger, als Flugschrift einem weiteren Publikum zugänglich zu machen.

Ich komme diesem Wunsche um so lieber nach, als mein Vorgehen gegen Erzberger inzwischen zu einer großen Auseinandersetzung über die im Sommer 1917 vorhandenen Friedensmöglichkeiten geführt hat, in der auch andere damals an der Leitung der Politik unmittelbar beteiligte Persönlichkeiten, wie der frühere Reichskanzler Michaelis, der frühere österreichisch-ungarische Außenminister Graf Czernin, der frühere deutsche Botschafter in Wien Graf Wedel und der General Ludendorff, das Wort ergriffen haben. Die Auseinandersetzung wirft ein helles Licht auf die Vorgänge des verhängnisvollen Sommers 1917, in dem sich die eigentliche politische Krisis des Krieges abspielte. Auch für mich, der ich in jener Zeit als Stellvertreter des Reichskanzlers den Dingen nahestand, hat die Auseinandersetzung manches neue Moment zutage gefördert. Die Auseinandersetzung kann bleibendes historisches Interesse beanspruchen, weit über die unmittelbaren Zwecke hinaus, zu denen ich sie einleitete.

Mir kam es in erster Linie an: Erstens auf die Befreiung des deutschen Volkes von der Wahnidee, daß ein für ein unbesiegtes Deutschland annehmbarer Friede an dem Kriegswillen des Kaisers, der Reichsleitung, der Heeresleitung, der Schwerindustrie, der Alldeutschen oder sonstiger verantwortlicher oder unverantwortlicher Faktoren gescheitert sei; ferner auch die Befreiung des deutschen Volkes von der Regierung eines Mannes, den ich auf Grund der genauen Beobachtung seiner Tätigkeit während des Krieges, während des Waffenstillstandes und während der Friedensverhandlungen nicht anders denn als den Reichsverderber bezeichnen kann.

Aber auch diese beiden unmittelbaren Zwecke sind zur Stunde noch nicht erfüllt. Es gilt, rastlos an ihrer Erfüllung weiter zu arbeiten. Das deutsche Volk muß trotz aller interessierten Verdunkelungsversuche die Wahrheit kennenlernen, daß der Kaiser und seine verantwortlichen politischen Berater niemals eine ernstliche Möglichkeit, zu einem ehrenvollen Frieden zu kommen, an irgendwelchen überspannten Kriegszielen haben scheitern lassen, daß sie vielmehr im ganzen Verlauf des Krieges nach jeder Möglichkeit eines Friedens ausspähten, daß jede Möglichkeit eines Friedens, die uns unseren Besitzstand vor dem Krieg, unsere Ehre und die Freiheit der Entwicklung gewahrt hätte, über alle Widerstände und weitergehenden Wünsche hinaus ergriffen und durchgesetzt worden wäre. Das deutsche Volk muß erkennen, daß nicht Verblendung oder böser Wille auf deutscher Seite, sondern einzig und allein der Vernichtungswille unserer Feinde einem früheren und für ein unbesiegtes Deutschland annehmbaren Frieden im Wege stand, und daß dieses Friedenshindernis in dem einzigen Augenblick, in dem es zu brechen schien, durch unverantwortliche und zum mindesten unglaublich leichtfertige Treibereien des mit dem Wiener Kaiserhof hinter dem Rücken der verantwortlichen Staatsmänner Österreich-Ungarns und Deutschlands agierenden Herrn Erzberger neu gestärkt worden ist.

Dieser Aufklärung soll die Flugschrift dienen.

Jeder Leser soll die Möglichkeit der Bildung seines Urteils haben. Deshalb gebe ich — im Gegensatz zu den sozialdemokratischen und Zentrumsblättern, teilweise auch den demokratischen Zeitungen, die bis zu der großen Entlastungsoffensive Erzbergers in der Nationalversammlung die gegen diesen erhobenen Anklagen ihren Lesern einfach unterschlagen haben — in vollem Umfang auch der Gegenpartei das Wort, indem ich auf jeden meiner Angriffe die Abwehr Erzbergers im genauen Wortlaut folgen lasse.

Das deutsche Volk braucht Wahrheit und noch einmal Wahrheit. Eher wird es nicht gesunden.

Darum der Wahrheit eine Gasse!

Berlin, Anfang August 1919.

Karl Helfferich.

I.

Die Juli-Resolution, der Anfang des moralischen Zusammenbruchs

(Helfferich in der „Kreuz-Zeitung" vom 1. Juli, Nr. 300.)

Als die Deutsche Nationalversammlung am 22. und 23. Juni vor der schweren Wahl stand, sich den unerträglichen und schmachvollen Bedingungen unserer Feinde zu unterwerfen oder die Folgen einer Ablehnung mit mannhafter Entschlossenheit hinzunehmen, da gab den Ausschlag die Berufung auf den moralischen Zusammenbruch des deutschen Volkes. Das deutsche Volk, so verkündeten die Befürworter der Unterwerfung, verfüge nicht mehr über die für einen Widerstand irgendwelcher Art erforderliche moralische Kraft.

Und in der Tat, auch der Mutige und Entschlossene konnte sich in diesen ernsten Augenblicken der Sorge nicht entschlagen, ob das deutsche Volk in dem gegebenen Zustand seiner sittlichen Kräfte einer rettenden Großtat überhaupt noch fähig sei. Wir brauchen uns nur umzusehen, um überall die entsetzlichen Verwüstungen in der Moral des deutschen Volkes gewahr zu werden. Fast jeder Tag bringt neue Zeichen der Auflösung des Sinnes für deutsche Zucht und deutsche Ordnung, für deutsche Zusammengehörigkeit und deutsches Staatsgefühl, neue Zeichen für den erbärmlichen Kleinmut und die stumpfsinnige Gleichgültigkeit gegenüber unsern höchsten Gütern, für das hemmungslose Überwuchern des ödesten und blödesten Materialismus, des borniertesten und kurzsichtigsten Egoismus. Das ist aus dem wunderbaren Geist der Einheit und Entschlossenheit geworden, in dem das deutsche Volk im August 1914 zu den Waffen griff, um Haus und Herd, deutsche Arbeit und deutsches Wesen vor fremder Gewalt zu schützen!

Dieser in der Geschichte der Völker beispiellose Zusammenbruch ist es, der in der entscheidenden Stunde des Krieges unsere

Kampfkraft und Widerstandsfähigkeit vernichtet, der uns die fälschlich „Waffenstillstand“ genannte Entwaffnung gebracht, der uns schließlich in das Elend und die Schande des Versailler „Friedens“ geführt hat.

Auf vielen Tausenden von Lippen liegt heute die schmerzliche Frage: Wie war es möglich, daß unser Volk nach mehr als vier Jahren eines Heldenkampfes ohnegleichen so elend in sich zusammenstürzte? Wie war es möglich, daß auf die höchste Anspannung aller vaterländischen Tugenden die Wahnsinnsorgie der nationalen Selbstentäußerung, der Verleugnung und Beschmutzung alles dessen folgen konnte, was unserem Volke heilig war und es groß gemacht hat?

Ich will die zermürbenden Wirkungen des Krieges selbst nicht unterschätzen. Die Überspannung aller Kräfte bei mangelhafter Ernährung hat den körperlichen Zustand des deutschen Volkes in einer Weise herabgebracht, daß auch die moralische Widerstandsfähigkeit dadurch nicht unberührt bleiben konnte. Die seelischen Leiden, von denen keiner verschont geblieben ist, haben ein übriges getan. Der jähe Absturz von der Höhe unserer militärischen Erfolge im Juli und August 1918 traf das deutsche Volk unvorbereitet und erschütterte seinen Glauben an sich selbst, und sein bisher unbedingtes Vertrauen in die militärischen Führer, die im Verlauf des Krieges der feste Stein des Glaubens an unseren Sieg geworden waren. Alles das macht eine moralische Depression erklärlich, wie wir sie zu Zeiten auch bei den Völkern unserer Feinde beobachten konnten. Wenn aber bei uns die moralische Depression zur moralischen Katastrophe geworden ist, so fällt die Schuld daran auf die Maulwürfe, die in langer unterirdischer Arbeit den Boden unserer nationalen Selbstbehauptung unterwühlt und unterhöhlt haben. In das Verhängnis geführt haben uns die Wahnideen, die unserem Volke geradezu in verbrecherischer Weise eingeimpft worden sind; die Wahnideen, die sich schließlich in vielen Millionen von Köpfen zu der Überzeugung verdichteten: der Verteidigungskrieg ist eine Lüge; der deutsche Imperialismus ist am Kriege schuldig oder zum mindesten mitschuldig; wir könnten längst einen erträglichen und ehrenvollen Frieden der Verständigung haben, wenn nicht die Eroberungsgelüste unserer Gewalthaber ihn verhinderten; der Kaiser, unsere monarchische Staatsform und unser „Militaris-

mus" sind Friedenshindernisse, die einer Verständigung mit den Völkern unserer Feinde entgegenstehen; werden diese Hindernisse beseitigt, verjagen wir den Kaiser, machen wir die Republik, legen wir die Waffen nieder, dann ist der Friede da; und sollte sich eine feindliche Regierung widersetzen, uns einen ehrenvollen Frieden zu gewähren, so wird sie von dem Sturm des solidarisch fühlenden Proletariats hinweggefegt werden!

Den entscheidenden Antrieb haben diese Wahnideen erhalten in den parlamentarischen Vorgängen des Juli 1917, die zu der vielberufenen Friedensresolution des Reichstags führten. Von den Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstags ausgehend, erschütterte zum erstenmal ein heftiger Stoß das deutsche Vertrauen in die Möglichkeit des Durchhaltens und verbreitete sich der verhängnisvolle Glaube, daß unsere Feinde für eine gütliche Verständigung zu haben wären, daß jedoch unsere heimischen Gewalten erst noch durch den Druck des Volkes und der „Mehrheitsparteien" des Reichstages zu einer solchen Verständigung gezwungen werden müßten. An die Friedensresolution knüpfte alles weitere an, sowohl die defaitistisch-pazifistische Agitation wie auch die revolutionäre Propaganda in Heimat und Heer.

Es war der damalige Abgeordnete und heutige Reichsfinanzminister Erzberger, der den ersten Streich führte. In der Sitzung des Hauptausschusses machte er am 6. Juli 1917 den im Inland und Ausland die größte Sensation erregenden Vorstoß, der dann mit der Resolution des Reichstags vom 19. Juli seinen Abschluß fand. Herr Erzberger, dem leider vom Kanzler wie vom Auswärtigen Amt in Dingen der auswärtigen Politik eine Vertrauensstellung eingeräumt worden war, wie sie niemals bisher ein Außenstehender gehabt hat, machte diesen für die politische Führung des Krieges so folgenschweren Vorstoß, ohne vorher die Reichsleitung von seiner Absicht zu unterrichten, ja ohne auch nur seiner eigenen Partei diesen Vorstoß anzukündigen. Dagegen muß hervorgehoben werden, daß — was heute in Deutschland viel zu wenig bekannt ist — Herr Erzberger seinen Vorstoß im Einverständnis mit dem Leiter der österreichischen Politik, ja auf dessen Anstiften unternommen hat. Graf Czernin selbst hat in einer Rede, die er am 11. Dezember vorigen Jahres zur Rechtfertigung seiner Politik gehalten hat und die damals in dem

durch seine revolutionären Sorgen beschäftigten Deutschland nicht die gebührende Beachtung gefunden hat, über diesen Punkt ausgeführt:

„Einer meiner Freunde hatte auf mein Ersuchen mehrere Unterredungen mit den Herren Südekum (dem jetzigen preußischen Finanzminister, damals stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses des Reichstages) und Erzberger und bestärkte sie durch meine Schilderung unserer Lage in ihren Bestrebungen zur Erreichung der bekannten Friedensresolution. Es war auf Grund dieser Schilderung, daß die beiden genannnten Herren die Reichstagsresolution für einen Verständigungsfrieden durchsetzten, jene Resolution, welche soviel Hohn und Spott von seiten der Alldeutschen und anderer Elemente geerntet hat. Ich hoffte damals einen Augenblick, im deutschen Reichstag einen dauernden und kräftigen Verbündeten gegen die Eroberungspläne der Militärs zu finden.“

Es ist wichtig, diesen österreichischen Ursprung der Friedensresolution festzuhalten und ihn in den Zusammenhang der österreichischen Kriegspolitik einzustellen. Österreich-Ungarn war in unserem Bündnis der weitaus schwächere Teil. Es brauchte unsere militärische und finanzielle Hilfe, es brauchte sogar zeitweise unsere Unterstützung mit Brotgetreide, und es brauchte vor allem eine fortgesetzte moralische Rückenstärkung durch Deutschland, letzteres namentlich seit dem Regierungsantritt des Kaisers Karl. Ja es brauchte seit jenem Thronwechsel die größte Wachsamkeit von unserer Seite; denn der junge und schwache Kaiser stand offenkundig unter der Einwirkung seiner klugen, aber klerikalen Einflüssen zugänglichen und zu Frankreich hinneigenden Gemahlin aus dem Hause Bourbon-Parma.

Wie notwendig gegenüber Österreich-Ungarn die äußerste Vorsicht geworden war, dafür ist ein schlagender Beweis der Brief des Kaisers Karl an seinen Schwager den Prinzen Sixtus von Parma. Die Echtheit des von Herrn Clemenceau im April 1918 im Verlauf einer Polemik mit dem Grafen Czernin veröffentlichten Briefes ist zwar damals von Wien aus mit den stärksten Worten bestritten worden; aber alles, was seither über diese Affäre weiter bekannt-

geworden ist, gestattet kaum mehr einen Zweifel. Die entscheidende Stelle in diesem Brief war das Ersuchen an den Prinzen, „geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und unter Aufbietung allen meines persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten französischen Ansprüche hinsichtlich Elsaß-Lothringens unterstützen werde".

Der Kaiserbrief war vom 31 März 1917 datiert. Wenige Tage darauf besuchte Kaiser Karl unsern Kaiser im Großen Hauptquartier zu Homburg. Der ihn begleitende Graf Czernin machte damals zum ersten Male eine Andeutung, die uns die Herausgabe von Elsaß-Lothringen zumutete. Gleichzeitig betrieb Kaiser Karl mit seinem Außenminister die Angliederung Polens an die habsburgische Monarchie durch Designierung des Erzherzogs Karl Stephan zum König von Polen!

Prinz Sixtus entledigte sich in den ersten Apriltagen seines Auftrages bei dem Präsidenten Poincaré und begab sich dann zu Lloyd George nach London. Der französische Präsident, dem der Prinz Elsaß-Lothringen auf dem Präsentierteller darbrachte, erklärte das Angebot für ungenügend und verlangte außer den Reichslanden das Saargebiet und „Garantien auf dem linken Rheinufer". Lloyd George vertrat zunächst die Meinung, daß auf das Angebot des österreichischen Kaisers eingegangen werden müsse, fügte sich aber schließlich auf der Konferenz von St. Jean de Maurienne (17. April 1917) der französischen Auffassung. So war es damals mit dem Verständigungswillen der Entente bestellt!

Die nächsten Wochen und Monate brachten, hauptsächlich wohl infolge des wachsenden Drucks des U-Bootkrieges, Anzeichen eines Umschwunges. Die Unruhe und Beklemmung in England wuchs, und die französische Regierung, die im April so hochmütig das Angebot des österreichischen Kaisers abgelehnt hatte, tat nun ihrerseits Schritte, um eine Fühlung mit den Mittelmächten aufzunehmen. In diese verheißungsvollen Anfänge platzte die von Herrn Erzberger auf Anstiften der Wiener

Politik veranstaltete Sensation. Herr Erzberger gab sich dazu her, die Geschäfte der Wiener Politik gegen die eigene Regierung zu besorgen. Statt Österreich-Ungarn bei der Stange zu halten und ihm den Rücken zu stärken, verstand er sich dazu, sich mit den weich und unzuverlässig werdenden Bundesgenossen hinter dem Rücken der eigenen Regierung zu verbünden, um die Stimmung im eigenen Volke zu zermürben und damit den Boden zu bereiten für einen Frieden nicht etwa der Verständigung, sondern des Verzichts und der Unterwerfung, wie ihn die Wiener Politik uns zumutete. Die männlichen und weiblichen Röcke, vor denen Bismarck so eindringlich gewarnt, haben dabei ihre verhängnisvolle Rolle gespielt.

Nach außen hin, bei unseren Feinden und bei den Neutralen, war der Erfolg der Erzbergerschen Aktion der Eindruck, daß Deutschland in die Knie breche, daß das deutsche Volk nicht mehr weiter könne und jede Hoffnung auf eine glückliche Beendigung des Krieges aufgebe. Die feindlichen Staatsmänner, die von dem Brief des Kaisers Karl Kenntnis hatten, konnten sich die Hände reiben: Nach dem moralischen Zusammenbruch Österreich-Ungarns, wie er in dem Kaiserbrief zum Ausdruck gekommen war, kündete sich jetzt in der Erzberger-Aktion der moralische Zusammenbruch Deutschlands an. Nun brauchte man sich nicht weiter zu sorgen und nicht weiter um Verständigung zu bemühen. Die noch kurz vorher von Frankreich erstrebten Aussprachen mit Vertrauensmännern der Wiener und der Berliner Regierung unterblieben. Dafür aber erklärte der englische Minister Carson am Tage nach der Annahme der Friedensresolution, daß Verhandlungen mit Deutschland erst möglich seien, wenn die deutschen Truppen hinter dem Rhein ständen; dafür wurde am 25. Juli 1917, also sechs Tage nach der deutschen Friedensresolution, eine im britischen Unterhause von Mc. Donald und Trevelyan eingebrachte Friedensresolution mit 148 gegen 19 Stimmen abgelehnt; dafür bekannte sich nun am 30. Juli Herr Ribot in der französischen Kammer offen zu der Forderung auch der Angliederung des Saargebietes und der Errichtung eines linksrheinischen Pufferstaates; dafür zwang schließlich Lloyd George am 11. August den Arbeiter-

führer Henderson zum Ausscheiden aus dem britischen Kabinett, weil dieser sich zugunsten der Beschickung der Stockholmer Friedenskonferenz durch Delegierte der britischen Arbeiterschaft eingesetzt hatte.

Das war das glorreiche Ergebnis der Friedensresolution nach außen!

Nach innen aber erzeugte und verbreitete die unselige Friedensresolution zunächst die erste starke Erschütterung des Glaubens an unsere Sache und des Willens zum Durchhalten; dann die grundverkehrte Meinung, daß irgendwelche phantastischen Kriegsziele des Militärs, der Regierung oder des Kaisers das wahre Friedenshindernis seien. Sie gab dem Kampf um den Frieden die Richtung gegen die Spitzen des Heeres und der politischen Leitung, statt gegen die Feinde, deren Kriegsziele nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands zu verwirklichen waren. Die Erbitterung, der Zorn und die Wut, die der endlose Krieg im deutschen Volke auslöste, wurden von unseren Feinden auf die „Alldeutschen", die „Annexionisten", die „Militärpartei" abgelenkt. Es kamen dann die Tage der Vergötterung Wilsons als des Künders einer neuen Zeit der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zwischen den Völkern. Es kam die Versicherung des Herrn Erzberger, daß er, wenn man ihm nur gestatte, mit Lloyd George zu verhandeln, in wenigen Stunden den Frieden herbeiführen werde. Es kam die revolutionäre Propaganda im Heer und in der Flotte mit der Parole: „Der Umsturz ist Friede." Ja es kam die lärmende Interpellation der revolutionären Agitatoren wegen der angeblich von Regierung und Heeresleitung geförderten alldeutschen Agitation im Heer, und es kam zu diesem heuchlerischen und verbrecherischen Treiben der demonstrative Beifall der „Mehrheitsparteien", der den Totengräbern der Ordnung in Heer und Staat ihre Unschuld und ihr „Existenzrecht" attestierte! Und schließlich ist die Saat des Juli 1917 im November 1918 fürchterlich aufgegangen.

Es ist notwendig, heute die Augen des deutschen Volkes auf diese Vorgänge und Zusammenhänge hinzulenken. Der Frieden der Schmach und Knechtung, den unsere Feinde unserm Volk auferlegt haben, nachdem dieses, betört durch unsinnige und verhängnisvolle Wahnideen, sich selbst wehrlos gemacht und in die Hand

seiner Peiniger und Unterdrücker begeben hat — dieser Frieden wirft ein grausames Licht nach rückwärts auf die Vorgänge, die das deutsche Volk erlebt hat, die es in blindem Drange hat gestalten helfen und die es in seinen großen Massen bis zum heutigen Tage noch nicht begriffen hat; die es aber begreifen und bis ins letzte durchschauen muß, wenn es wieder gesunden und sich wieder aufrichten will. Das deutsche Volk muß erkennen, von wem, mit welchen Mitteln und auf welchen Wegen es in die Irre geleitet, in Elend und Schande geführt worden ist. Nur dann wird es sich selbst wiederfinden.

II.

Die Julireſolution und Dr. Helfferich.

(Erzberger in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 2. Juli.)

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Der frühere Minister Dr. Helfferich beteiligt sich in einem Artikel „Die Julireſolution — der Anfang des moralischen Zusammenbruchs“ in der „Kreuzzeitung“ an dem Bestreben, die Geschichte des Krieges zu fälschen. So erzählt er, um diese Resolution als reichsschädigend hinzustellen, Herr Erzberger habe sie betrieben, ohne vorher die Reichsleitung von seiner Absicht zu unterrichten, und fährt fort: „Dagegen muß hervorgehoben werden, daß Herr Erzberger seinen Vorstoß im Einverständnis mit dem Leiter der österreichischen Politik, ja auf dessen Anstiften unternommen hat.“

Da die Julireſolution als das Ereignis, von dem ab noch einmal die Katastrophe hätte verhindert werden können, geschichtlich eine große Rolle spielen wird, sei heute schon folgendes festgestellt: Die Bemühungen um diese Kundgebung erfolgten nach eingehender Rücksprache mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der sie als Kampfmittel gegen die Alldeutschen billigte, mit den Staatssekretären Graf Roedern und Dr. Solf und auch mit Dr. Helfferich, der ein halbes Jahr vorher seiner Denkschrift gegen den U-Bootkrieg eine Anzahl von Reden für den U-Bootkrieg hatte folgen lassen, und der sich gegen die Friedensresolution aussprach. Er weiß also am besten,

daß die Aktion nicht ohne Benachrichtigung der Reichsregierung erfolgt ist. Das ist die erste grobe Unwahrheit. Die zweite ist die Behauptung, die Resolution sei im Einverständnis, ja, auf Anstiften Czernins erfolgt. Czernin hat in einer Rede behauptet, die Schilderungen eines seiner Freunde über die Lage in Wien hätten Erzberger und Südekum in ihren Bestrebungen bestärkt. Daraus macht Herr Dr. Helfferich ein Einverständnis, ja, ein Anstiften des Grafen Czernin. Erzberger hatte aber die Rücksprache eines Freundes des Grafen gar nicht nötig. Im April 1917 war ein dringlicher Bericht Czernins in Berlin eingegangen, die Monarchie stände vor den ernstesten inneren Zersetzungen, über das Jahr hinaus sei an einen Widerstand nicht zu denken. Daraufhin reiste Erzberger in Bethmanns Auftrag nach Wien und erreichte in Verhandlungen mit dem Kaiser Karl und Czernin, daß überstürzte Friedensschritte unterblieben. Die Reichsregierung allerdings schlug die Schicksalsmahnung aus Wien, die dann ein Jahr später zu der lange vorher geahnten Katastrophe führte, in den Wind und glaubte, mit dem Erfolge der Erzbergerschen Reise sei alles Nötige getan.

Daß für die parlamentarischen Betreiber der Friedensresolution neben dem offenkundigen Fiasko des U-Bootkrieges die Kenntnis der Wiener Schwäche ein hauptsächlicher Ansporn war, das Volk aus den Gleisen der Annexionsschreier heraus auf den Boden eines Verständigungsfriedens zu bringen, ist selbstverständlich. Erzberger gebrauchte damals im Hauptausschuß das Gleichnis, die Mittelmächte führen in Convoi. Da habe sich das Ganze nach dem langsam fahrenden Schiff zu richten, und das sei die Donaumonarchie. Es ist also eine offenkundige Unwahrheit, daß Erzberger sich dazu hergegeben habe, „die Geschäfte der Wiener Politik gegen die eigene Regierung zu besorgen“. Gerade was Dr. Helfferich als notwendig und angeblich unterlassen bezeichnet, „Österreich-Ungarn bei der Stange zu halten und ihm den Rücken zu stärken“, war Zweck und Ergebnis seiner Wiener Reise gewesen. Dann aber zog die Verständigungsmehrheit des Reichstages aus diesen ersten Anzeichen des Zusammenbruchs die politischen Konsequenzen und versuchte, eine Beendigung des Kampfes anzubahnen, dessen Aussichtslosigkeit sich schon in den Ausbruchsversuchen des einen Partners ankündigte. Daß die Julireſolution nach außen nicht den starken Eindruck machte, lag in dem unseligen Wort des vorübergehenden Kanzlers Michaelis:

„wie ich sie auffasse“, in dem alle Hinterhältigkeit der damaligen deutschen Kriegspolitik zusammengefaßt lag. Und nach innen war die „erste starke Erschütterung des Glaubens in unsere Sache und des Willens zum Durchhalten“ zu gleicher Zeit erfolgt durch den klaffenden Widerspruch zwischen den politischen Ergebnissen des U-Bootkrieges und den unwahren Statistiken des Dr. Helfferich, der dem Volke durch die U-Bootwaffe ein schnelles siegreiches Kriegsende prophezeit hatte, während es sich längst herausgestellt hatte, daß seine erste Prophezeiung von den bedrohlichen Folgen des rücksichtslosen U-Bootkrieges richtig und bereits eingetreten war.

III.

Julireſolution, U-Bootkrieg und Herr Erzberger.

(Helfferich in der „Kreuz-Zeitung“ vom 3. Juli.)

In der in der heutigen Morgenausgabe der „Kreuz-Zeitung“ wiedergegebenen Auslassung sucht der Reichsfinanzminister Erzberger den bei ihm nicht ungewohnten Mangel an Fanatismus für die Wahrheit durch — sagen wir: stramme Haltung zu ersetzen.

Er behauptet frischweg und unter allerlei plumpen Invektiven, wie „grobe Unwahrheit“, „Fälschung“ usw.: er habe seine Aktion vom Juli 1917 nach Verständigung der Reichsregierung — er nennt die Herren v. Bethmann Hollweg, Dr. Solf, Graf Roedern und mich — unternommen; Herr v. Bethmann habe die Resolution „als Kampfmittel gegen die Alldeutschen“ gebilligt. Diese verblüffende Behauptung des Herrn Erzberger erinnert mich in ihrem vollkommenen Widerspruch zu dem tatsächlichen Sachverhalt an die wohl auch von Herrn Erzberger unvergessene Situation, in der ein Chef der Reichskanzlei sich genötigt sah, vor versammeltem Reichstag aus den Gerichtsakten den vereidigten Erzberger und den unvereidigten Erzberger zu konfrontieren. Die Wahrheit ist, daß Herr v. Bethmann, ebenso wie ich und die sämtlichen in der Ausschußsitzung vom 6. Juli anwesenden Staatssekretäre durch den Erzbergerschen Resolutionsvorstoß völlig überrascht wurden; daß Herr v. Bethmann sich geradezu überfallen fühlte und dem noch

am Nachmittag des 6. Juli gegenüber Herrn Erzberger deutlichen Ausdruck gab.*)

Herr Erzberger leugnet ferner mit Hilfe eines — ungenauen Zitats aus der Czerninschen Rede vom 11. Dezember 1918, daß sein Vorstoß im Juli 1917 im Einvernehmen, ja auf Anstiften des Grafen Czernin erfolgt sei. Ich setze nochmals den Herrn Erzberger offenbar unbequemen Wortlaut der Czerninschen Äußerung hierher:

„Einer meiner Freunde hatte auf mein Ersuchen mehrere Unterredungen mit den Herren Südekum und Erzberger und bestärkte sie durch meine Schilderung unserer Lage in ihren Bestrebungen zur Erreichung der bekannten Friedensresolution. Es war auf Grund dieser Schilderung, daß die beiden Herren die Reichstagsresolution für einen Verständigungsfrieden durchsetzten."

Es bleibt also dabei, daß Herr Erzberger den Vorstoß, der den moralischen Zusammenbruch Deutschlands einleitete, hinter dem Rücken des Kanzlers und im Bunde mit der Wiener Politik unternommen hat.

Alles, was Herr Erzberger sonst an Kontrollierbarem und Unkontrollierbarem erzählt, hat mit dem Kern der Sache nichts zu tun. Wenn aber Herr Erzberger nach dem Satz „Der Hieb ist die beste Parade" eine Diversion auf den U-Boot-Krieg versucht, so kann ich ihm dienen. Die Entwicklung der U-Boot-Frage und meine persönliche Haltung in dieser Angelegenheit habe ich ausführlich in dem in den nächsten Tagen erscheinenden zweiten Band meiner Geschichte des Weltkrieges**) dargelegt. Nur um einstweilen das Gedächtnis des unentwegten Bekämpfers des U-Bootkrieges aufzufrischen, erlaube ich mir, Herrn Erzberger selbst sprechen zu lassen:

„Tag und Nacht, Woche aus Woche ein soll Englands Handel keine Ruhe mehr haben vor den Ungetümen, die unter Wasser Herr sind. Und wenn Deutschland einmal die wirkliche Blockade

*) Inzwischen hat mir außer Herrn von Bethmann Hollweg auch Graf Roedern bestätigt, daß Herr Erzberger, entgegen seiner Behauptung, auch ihn von seiner Aktion nicht verständigt hatte.

**) Der Weltkrieg, Band II: Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Bootkrieg, Ullstein & Co. 1919.

verhängt, dann auch keine Schonung, sondern rücksichtsloses Versenken jedes englischen Handelsschiffes! Wir wollen dann sehen, wieviel Seeleute sich noch auf die gefährdeten englischen Dampfer begeben werden." (Erzberger im roten „Tag" vom 5. Februar 1915.)

Vor allem aber möchte ich Herrn Erzberger das nachstehende, der Öffentlichkeit bisher nicht bekannte Dokument vor Augen halten, das in der zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg führenden Entwicklung keine ganz unwichtige Rolle gespielt hat: die Drucksache Nr. 353 des Hauptausschusses des Reichstages vom 7. Oktober 1916, lautend wie folgt:

„Namens sämtlicher Fraktionsmitglieder der Zentrumsfraktion im Ausschuß für den Reichshaushalt ist folgende Erklärung abgegeben worden:

„Für die politische Entscheidung über die Kriegführung ist dem Reichstag gegenüber der Reichskanzler allein verantwortlich. Die Entscheidung des Reichskanzlers wird sich dabei wesentlich auf die Entschließung der Obersten Heeresleitung zu stützen haben. Fällt die Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus, so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstages sicher sein."

Diese Erklärung gab dem Reichskanzler für die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges im voraus politische Absolution, eine Absolution, die nach Lage der Sache gleichbedeutend mit einer starken exhortatio war. Zu den Fraktionsmitgliedern des Zentrums, die diese Erklärung abgaben, gehörte natürlich auch — Herr Erzberger. Es gehört die gesunde Konstitution dieses Mannes dazu, andere — Personen und Parteien — seit länger als Jahr und Tag wegen eines Entschlusses anzugreifen, für den er selbst im voraus seinen Teil der politischen Mitverantwortung übernommen hat. Solange es Krieg war, konnte er auf die Zurückhaltung der Angegriffenen spekulieren. Bei mir ist es jetzt damit Schluß. Es geht mir nicht um Personen; es geht mir um die Sache des Vaterlandes, das an dem Krebsschaden Erzbergers nicht völlig zugrunde gehen darf!

IV.

Julireſolution, U-Bootkrieg und Herr Erzberger.

(Erzberger in der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ vom 4. Juli.)

Von beſonderer Seite wird uns geſchrieben:

Dr. Helfferich iſt es unangenehm, daß ſeine in der „Kreuzzeitung“ veröffentlichten Angriffe gegen den Reichsminiſter Erzberger nach dem Grundſatze pariert werden: die beſte Parade iſt der Hieb. Helfferich nennt das „ſtramme Haltung“. Nach ſeinen neueſten unrichtigen Behauptungen („Kreuzzeitung“ Nr. 104, Abendausgabe) wird er ſich nicht wundern dürfen, wenn man ihm gegenüber auch weiterhin „ſtramme Haltung“ bewahrt. Deshalb ſeien noch folgende Feſtſtellungen gemacht:

Schon am 4. Juli 1917 hat Erzberger den Tatbeſtand dargelegt, der einige Tage ſpäter zu der bekannten Friedensreſolution des Reichstages führen ſollte. Über alle dieſe Zuſammenhänge hat er nicht nur wiederholt mit den bereits genannten Mitgliedern der Reichsregierung ausführlich geſprochen, ſondern hat ſie auch vor den Kommiſſionsberatungen in einer Konferenz im Reichsamt des Innern dargelegt. Der Vorſitzende dieſer Konferenz war Staatsminiſter Helfferich. Es bleibt alſo bei unſerer Feſtſtellung: Von der Friedensaktion im Juli 1917 iſt die Reichsregierung vorher verſtändigt worden.

Auch die zweite Feſtſtellung bezüglich der Einmiſchung von Wien bleibt beſtehen. Erzberger hat ſelbſtverſtändlich auf die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten der öſterreichiſchen Friedensſtimmung Rückſicht genommen. Aber gerade durch ſeine Bemühungen und durch die Julireſolution iſt Wien bei der Stange gehalten worden. Der September und Oktober haben klar bewieſen, welche kataſtrophale Wirkung der Sonderfriede Öſterreich-Ungarns für Deutſchlands zeitigte.

Nun zu Helfferichs Äußerungen über den U-Bootkrieg: Reichsminiſter Erzberger denkt nicht daran, ſeine hoffnungsfreudigen Äußerungen vom Februar 1915 über die Ausſichten des U-Bootkrieges irgendwie zu bemänteln, er hatte ſeinen Glau-

ben, wie damals ganz Deutschland, aufgebaut auf das Wort des für den U-Bootkrieg verantwortlichen Mannes, des Großadmirals von Tirpitz, der einige Monate vorher in der historisch gewordenen Wendung von dem „Schleier um England" die unfehlbare Wirkung des geplanten U-Bootkrieges anschaulich ausgemalt hatte.

Vergebens sucht Helfferich in seiner Geschichtsklitterung des U-Bootkrieges die Zentrumsfraktion gegen Erzberger auszuspielen. Was bedeutete die Entschließung des Zentrums vom 7. Oktober 1916? Nichts anderes als das, was ihr erster Satz wörtlich besagt, nämlich: „Für die politische Entscheidung über die Kriegführung ist dem Reichstage gegenüber der Reichskanzler allein verantwortlich." Also nicht, wie gerade damals von verschiedenen Seiten sehr energisch versucht wurde, der Obersten Heeresleitung, sondern der verfassungsmäßig allein zuständigen Persönlichkeit, dem Reichskanzler, ist die Entscheidung in die Hand gelegt. Nun war aber damals der Reichskanzler Bethmann Hollweg, wie auch dessen Stellvertreter, Herr Helfferich, gegen den U-Bootkrieg. Die Zentrumsresolution war also gedacht als verfassungstreu und sachlich begründete wirksame Unterstützung der verantwortlichen Zivilgewalt. Herr Helfferich hat sich diese Unterstützung damals auch gern gefallen lassen. Das hindert ihn nicht, diese Oktoberresolution des Zentrums des Jahres 1916 aus dem Zusammenhang zu reißen und sie gegen Erzberger zu verwerten.

Scharf herausgehoben werden muß, was Helfferichs Darstellung ebenfalls zu verdunkeln sucht, daß nämlich im Dezember 1916 eine vollkommen neue Situation bestand.

Der Hauptgrund, weshalb Erzberger energisch gegen den U-Bootkrieg wirkte, war folgender: Präsident Wilson hatte eine Friedensaktion eingeleitet. Deutschland war verständigt. Erzberger hielt es für klug und korrekt, diese Friedens- und Vermittlungsaktion Wilsons nicht zu stören. Er sah voraus, welche furchtbaren Folgen für das Endschicksal des Krieges eintreten mußten, wenn man Wilsons in keiner Weise aussichtslose Bemühungen dadurch vernichtete, daß man brutal und ohne jede diplomatische Vorbereitung mit dem Sturmruf des schrankenlosen U-Bootkrieges die bereits stark gereizte öffentliche Meinung Amerikas herausforderte. Herr Helfferich kannte damals und kennt hoffentlich auch noch heute den Zusammenhang. Es sei

nur an seine berühmte Gerard-Bankettrede vom Januar 1917 erinnert. Helfferich hat dann im Juli 1917, als sich nämlich die rosenroten Berechnungen des Reichsmarineamts und Herrn Helfferichs eigene Januarprophezeiungen als Schall und Rauch erwiesen hatten, die Erzbergersche Friedensaktion, die rechtzeitig retten wollte, was zu retten war, glatt zu sabotieren versucht. Warum hat es Herr Helfferich seit jener Zeit gerade auf Erzberger abgesehen? Weil Herr Erzberger es war, der bereits damals die Entbehrlichkeit Helfferichs erkannte und dafür sorgte, daß er als Vizekanzler Herrn von Payer den Platz räumen mußte.

Wie entbehrlich Herr Helfferich aber in der Tat war, das hat Erzberger erst voll im November 1918 erfahren, und zwar aus Helfferichs eigenem Munde. Damals — Erzberger war gerade mit der Ausführung der Waffenstillstands- und Vorfriedensverhandlungen betraut worden — kam aus eigenem Antrieb Herr Helfferich zu ihm und gestand, er habe zwar auf früheren amtlichen Auftrag hin Vorarbeiten für den Frieden fertiggestellt, er müsse aber zugeben, daß diese Vorarbeiten von gänzlich anderen Voraussetzungen ausgingen. Deshalb glaube er, es sei ratsam, nicht darauf zurückzugreifen. Erzberger ist diesem Wunsche nachgekommen. Noch heute ruhen die Helfferichschen Friedensakten uneröffnet in den Archiven und harren des künftigen Geschichtsschreibers.

V.

Nochmals Herr Erzberger.

(Helfferich in der „Kreuz-Zeitung“ vom 5. Juli.)

Die „besondere Seite“ der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ sucht sich meinen Feststellungen in der gestrigen Morgenausgabe der „Kreuz-Zeitung“ mit allerlei Seitensprüngen zu entziehen. Ich habe gegenüber den neuen Aufstellungen des Herrn Erzberger folgendes festzustellen:

1. Die Behauptung, daß Herr Erzberger seine Absicht, durch eine vom Reichstag zu beschließende Friedensresolution in die Politik einzugreifen, der Reichsleitung vorher mitgeteilt habe, ist und bleibt eine glatte Unwahrheit. Herr v. Bethmann Hollweg hat von meiner zu diesem Punkte in der gestrigen „Kreuz-Zeitung“ gegebenen Erklärung vor der Ver-

öffentlichung Kenntnis genommen und sie als richtig bestätigt. Daß Herr Erzberger die Friedensresolution in einer unter meinem Vorsitz stattgehabten Konferenz im Reichsamt des Innern angekündigt habe, ist gleichfalls eine glatte Unwahrheit. Wenn es Herr Erzberger wünscht, bin ich bereit, auch einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, so daß abermals die Möglichkeit geschaffen wird, dem unvereidigten Herrn Erzberger vereidigte Aussagen gegenüberzustellen.

2. Die von Herrn Erzberger mit abgegebene Erklärung des Zentrums im Hauptausschuß vom 7. Oktober 1916 wagt auch Herr Erzberger nicht abzuleugnen. Aber er scheut sich, diese Erklärung — obwohl sie ganz kurz und lapidar ist — seiner Gemeinde im vollen Wortlaut mitzuteilen. Er unterschlägt nur den springenden Punkt, nämlich den Satz:

„Fällt die Entscheidung **für** die Führung des rücksichtslosen U-Bootkrieges aus, so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstages sicher sein."

Mit diesem kleinen Kunstgriff verwandelt er die Erklärung des Zentrums, die den Reichskanzler im voraus von seiner politischen Verantwortlichkeit für die Eröffnung des rücksichtslosen U-Bootkrieges entlastet und damit dem Widerstand des Reichskanzlers gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg die parlamentarische Rückendeckung nahm, — in eine „verfassungstreu und sachlich begründete wirksame Unterstützung" der Stellungnahme des Reichskanzlers gegen den U-Bootkrieg!

3. Herr Erzberger glaubt meine Stellung zu seiner Politik damit erklären zu können, daß er damals schon (im Juli 1917) „die Entbehrlichkeit Helfferichs erkannte und dafür sorgte, daß er als Vizekanzler Herrn v. Payer den Platz räumen mußte". — Es widerstrebt mir, Herrn Erzberger auf dieses Gebiet zu folgen. Aber Herr Erzberger irrt! Meine Liebe zu ihm ist viel älteren Datums und beruht darauf, daß ich früher als manche anderen seine verhängnisvollen Eigenschaften erkannt habe. Wenn ich übrigens dem Beispiel des Herrn Erzberger folgen und politische Handlungen auf persönliche Motive zurückführen wollte, so müßte ich ihn an die letzte Unterhaltung er-

innern, die ich mit ihm in meinem Zimmer im Reichstag vor seinen Bestrebungen, mich durch Herrn v. Payer zu ersetzen, gehabt habe und die Herr Erzberger mit stark gerötetem Kopf verließ.

4. Herr Erzberger will meine Entbehrlichkeit voll daraus erkannt haben, daß ich ihm im November 1918, nachdem er den Waffenstillstand unterzeichnet hatte, „gestanden" habe, daß die von mir bis zum Juli 1918 geleiteten Vorarbeiten für die wirtschaftlichen Friedensverhandlungen „von gänzlich anderen Voraussetzungen ausgegangen seien". Darauf kann ich nur antworten: Auf die von Herrn Erzberger im Waffenstillstandsvertrag geschaffenen Voraussetzungen für Friedensverhandlungen hatte ich allerdings meine Arbeiten nicht eingestellt. Eher hätte ich mir die Hand abhacken lassen, als daß ich auch nur den kleinen Finger zur Vorbereitung eines Erzberger-Friedens gerührt hätte.

5. Herr Erzberger mag sich drehen und wenden, wie er will, meine Feststellung, daß er die den moralischen Zusammenbruch einleitende Friedensresolution ohne Vorwissen des ihm Vertrauen schenkenden Reichskanzlers und im Bunde mit der Wiener Politik gemacht hat, wird er nicht entkräften.

VI.

Nochmals Herr Dr. Helfferich.

(Erzberger in der „Deutsch. Allg. Zeitung" v. 6. Juli.)

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Staatsminister Dr. Helfferich sucht in der „Kreuz-Zeitung" vom 5. Juli (Morgenausgabe) den Ausgangspunkt seiner gegen den Reichsminister Erzberger geführten Polemik zu verdunkeln.

Es handelte sich um die Frage: Ist die Reichsregierung, bevor die bekannte Friedensresolution am 19. Juli 1917 eingebracht wurde, verständigt worden, oder nicht?

Auch die stärksten Ausdrücke können nichts an der einfachen Tatsache ändern, daß Erzberger vor der entscheidenden Sitzung die Mitglieder der Reichsregierung, namentlich Herrn von Bethmann Hollweg und Herrn Dr. Helfferich, informiert hat.

Bereits vor dem 4. Juli ist dies geschehen, und zwar u. a. in einer Konferenz im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz

des Staatsministers Dr. Helfferich. In dieser Konferenz bewies der damalige Abgeordnete Erzberger in Anwesenheit mehrerer Abgeordneter des Zentrums durch ausführliche Darlegungen, daß die amtlichen Berechnungen über die Wirkungen des U-Bootkrieges falsch waren.

Ebensowenig ändern die stärksten Ausdrücke etwas an der Tatsache, daß die Friedensresolution nicht „im Bunde" und noch weniger, wie Dr. Helfferich zuerst behauptet hatte, „auf Anstiften" der Wiener Politik eingebracht worden ist.

VII.

Ein echter „Erzberger".

(Helfferich in der „Kreuz-Zeitung" vom 7. Juli.)

„Die „besondere Seite" der Deutschen Allgemeinen Zeitung" schreibt auf meine Feststellung in der „Kreuz-Zeitung" vom 5. d. M.:

„Staatssekretär Dr. Helfferich sucht den Ausgangspunkt zu verdunkeln. Es handelte sich um die Frage: Ist die Reichsregierung, bevor die bekannte Friedensresolution am 19. Juli 1917 eingebracht wurde, verständigt worden oder nicht? — Bereits vor dem 4. Juli ist dies geschehen, und zwar u. a. in einer Konferenz im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Helfferich. In dieser Konferenz bewies der damalige Abgeordnete Erzberger in Anwesenheit mehrerer Abgeordneter des Zentrums, daß die amtlichen Berechnungen über die Wirkungen des U-Bootkrieges falsch waren."

Nein, Herr Erzberger, die Verdunkelung liegt bei Ihnen! Ich nagele Sie fest: Es handelt sich lediglich um die Frage, ob Sie von Ihrer Absicht, ein Friedens-Pronunziamento des Reichstages zu veranstalten, vor ihrem diesem Zweck dienenden Vorstoß vom 6. Juli der Reichsregierung eine Mitteilung gemacht und — wie Sie sogar behauptet haben — das Einverständnis des Kanzlers für diese Aktion gewonnen haben; nicht darum, ob Sie irgendwo und irgendwann Ihre Zweifel an der Wirkung des U-Bootkrieges entwickelt haben. Sie haben weder mir noch dem Kanzler eine vorherige Mitteilung von Ihrer Aktion

am 6. Juli gemacht. Herr v. Bethmann selbst hat Ihnen am Nachmittag des 6. Juli erklärt, daß er sich von Ihnen überfallen fühle, und Sie selbst haben das mit einiger Genugtuung an andere Personen weitererzählt. Sie haben trotz allen Vertrauens, das Ihnen vom Kanzler und Auswärtigen Amt, wie niemals vorher einem Außenstehenden, gewährt wurde, mit Ihrer verhängnisvollen Aktion die deutsche Politik aus dem Hinterhalt überfallen. Und zwar im Bunde mit Wien. Wenn Sie das trotz der unzweideutigen Erklärungen des Grafen Czernin, die Sie allerdings den Lesern Ihrer Blätter immer noch vorenthalten, auch jetzt noch mit der bekannten eisernen Stirn abstreiten, so überrascht mich das nicht: Sie bleiben damit nur sich selber treu.

* * *

Auf die vorstehende Erwiderung hat Herr Erzberger zunächst nicht mehr geantwortet. Dagegen hat er mich in der Sitzung der Nationalversammlung vom 8. Juli unter dem Schutz der Immunität als den „leichtfertigsten aller Finanzminister" bezeichnet. Im Anschluß daran kam es zu einem finanzpolitischen Zwischenspiel, das ich mit dem nachstehenden Artikel eröffnete.

VIII.

Die finanzielle Schuldfrage.

(Helfferich in der „Kreuz-Zeitung" vom 9. Juli.)

Der Reichsfinanzminister hat gestern der Nationalversammlung in einer großen Rede zehn Steuervorlagen vorgelegt, einige weitere mit Namen für eine nahe Zeit und noch weitere — vorläufig ohne Namen — für den Herbst angekündigt. Eine Programmrede war es nicht, denn der Reichsfinanzminister hat zwar angedeutet, daß er ein Programm habe, aber er hat einstweilen darauf verzichtet, dieses Programm zu entwickeln. Von dem Bedarf an neuen fortdauernden Einnahmen, der sich nach seinen Zahlen auf 11 bis 12 Milliarden Mark beziffert, wird vorläufig durch sein großes Steuerbukett nur ein Betrag von nicht ganz 1,2 Milliarden ge-

deckt. Für den Rest der jährlich weiter erforderlichen rund 10 Milliarden Mark steht vorläufig das Wort „Erhöhung der Umsatzsteuer“ und „große Vermögensabgabe“. Und für die weiteren ungemessenen, ins Belieben unserer Feinde gestellten Verpflichtungen, die der Erzbergerschen Verhandelei entsprungen sind, hatte der Reichsfinanzminister, dem 100 Milliarden vor kurzem noch ein Kinderspiel zu sein schien, nicht einmal eine magere Redensart.

Getreu dem Prinzip der „Volksregierung“, alles Unheil auf das „fluchbeladene alte Regime“ abzuschieben, hat es der Reichsfinanzminister Erzberger für richtig gehalten, nach Verantwortlichen für das Finanzelend unter den Trägern jenes fluchbeladenen Regimes zu suchen. Gerade wie diejenigen, die unsere politische, militärische und moralische Kraft unterwühlt haben, die ihr schließlich mit der Revolution und der Zertrümmerung des Heeres im Augenblick des Beginns der Waffenstillstandsverhandlungen den tödlichen Dolchstoß versetzt haben, die Schuld an dem entsetzlichen Niederbruch Deutschlands von sich abzuwälzen versuchen! Allmählich kennt man Text und Melodie! Daß bei der Umschau nach finanziellen Sündenböcken das Auge des Reichsfinanzministers Erzberger mit Wohlgefallen auf meiner geringen Person haften bleibt, — wer wundert sich darüber? Rache ist süß! Und Tapferkeit gegen Abwesende billig! So werde ich denn der Mitwelt von dem durch seine bedächtige Besonnenheit und wohlabgewogene Vorsicht bekannten Herrn Matthias Erzberger als der „leichtfertigste aller Finanzminister“ präsentiert! Und das höchst gesinnungstüchtige „Berliner Tageblatt“, das die Erzberger-Rede schon drucken und besprechen konnte, ehe sie überhaupt gehalten war, jauchzt Beifall.

Ich kann's tragen. Aber es geht auch hier nicht um Personen, sondern es geht um die große Sache der Wiederaufrichtung und Gesundung unseres Vaterlandes. Und deshalb muß auch hier die revolutionäre Legendenbildung vereitelt werden. Es geht nicht an, und ich werde mich für meine Person auf das äußerste dagegen verwahren, daß die Sünden der Revolutionsfinanzanarchie — von Finanzpolitik kann man hier nicht sprechen! — einfach auf das Konto der Kriegsfinanzpolitik übertragen werden.

Herr Erzberger wirft der Kriegsfinanzpolitik und speziell

meiner Kriegsfinanzpolitik, Leichtfertigkeit vor. Worin besteht die Leichtfertigkeit? Etwa in der Höhe der Ausgaben?

Ich habe das Schatzamt am 1. Februar 1915 übernommen und am 31. Mai 1916 an meinen Nachfolger, den Grafen Roedern, abgegeben. Im März 1915 betrugen die Kriegsausgaben 2 035 Millionen Mark; im Mai 1916, dem letzten Monat meiner Amtsführung, 2 008 Millionen Mark. Die Ausgaben sind also in den 16 Monaten meiner Amtsführung nicht angewachsen, und das trotz der in diese Zeit fallenden Ausdehnung der Kriegsschauplätze, der Vermehrung der Formationen, der gestiegenen Preise und der starken Ausdehnung der Fabrikation von Kriegsgerät und Munition. Ich habe noch auf sparsame Wirtschaft gehalten. Ob die Männer unserer Revolutionsregierung von sich dasselbe sagen können? Die durchschnittlichen monatlichen Kriegsausgaben während meiner Amtszeit als Schatzsekretär blieben etwas hinter dem Betrag von 2 Milliarden Mark zurück. Und die Revolutionsausgaben? Herr Erzberger schweigt darüber wohlweislich. Aber ich kann es ihm nachrechnen. Seit dem 1. Dezember 1918 sind die aus außerordentlichen Deckungsmitteln bestrittenen, also die laufenden Einnahmen übersteigenden Ausgaben der Revolutionsregierung kaum nennenswert niedriger gewesen als 3 Milliarden Mark im Monatsdurchschnitt. 3 Milliarden Mark monatlicher „Friedensausgaben“ der Revolutionsregierung gegen 2 Milliarden Mark Kriegsausgaben unter dem „leichtfertigsten aller Finanzminister!“

Oder besteht etwa der Leichtsinn des „alten Regimes“ und speziell mein Leichtsinn darin, daß wir die sogenannte „schwebende Schuld“ des Reiches, diese schwerste und gefährlichste Belastung unserer Reichsfinanzen, über Gebühr angespannt hätten? — Darauf kann ich nur feststellen: In den 16 Monaten meiner Amtszeit hat die schwebende Schuld, d. i. die Ausgabe von Reichsschatzanweisungen, nur eine Vermehrung um etwa 2 Milliarden Mark erfahren. Bis zum Ausbruch der Revolution ist dann — nach meiner Zeit — der Umlauf von Reichsschatzanweisungen auf 48 Milliarden Mark gestiegen; der größere Teil dieser Steigerung kommt auf die Periode Hertling, in der die „Mehrheitsparteien“ bereits munter mitregierten. Aber immerhin: die 48 Milliarden waren das Ergebnis

von 51 Kriegsmonaten. Seither haben 8 Revolutionsmonate genügt, um unsere schwebende Schuld auf 72 Milliarden (!!) zu erhöhen. Acht Revolutionsmonate haben also die Ausgabe von 24 Milliarden Reichsschatzanweisungen nötig gemacht! Genau halb soviel als 51 Kriegsmonate! Wo ist da die „Leichtfertigkeit“? Bei unserer Kriegsfinanzpolitik oder bei unserer Revolutions-Finanz-Anarchie?

Oder meint schließlich Herr Erzberger mit dem Vorwurf der Leichtfertigkeit, daß unter dem „alten Regime“ die Steuerschraube nicht rechtzeitig genug und nicht stark genug angezogen worden wäre? — Darüber läßt sich reden! Von jedem, außer von — Herrn Erzberger! Herr Erzberger bespiegelt sich zwar in dem billigen Ruhm, heute soviel klüger zu sein, als wir alle damals in der ersten Zeit des Krieges waren. Aber gerade Herr Erzberger zeichnete sich damals dadurch aus, daß er noch weniger klug und vorausschauend war als andere. Er hat sich damals meinen Absichten, die Anleihepolitik durch Steuern zu ergänzen, bis zum letzten Augenblick entgegengestemmt. Er wird das, getreu seinen Gewohnheiten, wieder einmal ableugnen wollen. Deshalb möchte ich im voraus sein Gedächtnis schärfen: Kurz vor der Befassung des Reichstages mit meinen Steuervorlagen, die ich gegen starke Widerstände aus dem Kreise meiner Kollegen, des Bundesrats und der führenden Reichstagsabgeordneten durchsetzen mußte, kam am Abend des 17. Januar 1916 der damalige Vorsitzende des Zentrums, Herr Dr. Spahn, zu mir nach dem Reichsschatzamt, und zwar direkt aus einer Sitzung seiner Fraktion, um mir auf das dringlichste nahezulegen, die Steuervorlagen zurückzuziehen. Auf meine kategorische Ablehnung richtete er an mich die Frage, ob ich denn der Rückendeckung durch den Kanzler sicher sei. Auf meine etwas erstaunte Bejahung erzählt er mir unter bedenklichem Kopfschütteln, in der Fraktionssitzung habe ein Abgeordneter, den er nicht nennen könne, berichtet, er habe an einer Konferenz beim Kanzler teilgenommen, in der die Frage der Kriegssteuern besprochen worden sei mit dem Ergebnis, daß der Kanzler schließlich anerkannt habe, eine Gefährdung des Burgfriedens durch die neuen Steuern müsse vermieden werden. Ich antwortete: „Der Abgeordnete heißt natürlich Erzberger, und

die Sache ist natürlich Unsinn." — Der Abgeordnete hieß Erzberger, und die Sache war schlimmer als Unsinn. Herr v. Bethmann, dem ich alsbald berichtete, war empört über Erzbergers Mitteilung an die Zentrumsfraktion. Es hatte bei ihm überhaupt keine Konferenz über die Steuervorlagen stattgefunden, sondern Herr Erzberger hatte ihn am Vormittag besucht und bei dieser Gelegenheit seine burgfriedlichen Bedenken gegen die Kriegssteuern vorgebracht. Der Kanzler hatte ihn ablaufen lassen. Das hatte Herrn Erzberger nicht gehindert, unter Berufung auf die Zustimmung des Kanzlers die Zentrumsfraktion gegen die Kriegssteuern zu alarmieren! Ich habe meine Feststellung bei Herrn v. Bethmann noch am gleichen Abend schriftlich an Herrn Dr. Spahn zur Verwertung in der Zentrumsfraktion mitgeteilt. Darüber, daß Herr Erzberger hier wieder einmal abgefaßt wurde, als er vergnügt wie immer auf — Nebenwegen der Wahrheit wandelte, will ich nicht weiter reden. Es bleibt hier nur die Konstatierung, daß der Mann, der seinerzeit das Betreten des Steuerweges mit solchen Mitteln zu verhindern suchte, heute den Vorwurf der „Leichtfertigkeit" gegen diejenigen erhebt, die den Steuerweg nicht rechtzeitig und energisch genug beschritten hätten!

So ist es mit der „Kreditwürdigkeit" des Mannes bestellt, der den Kredit des Reiches wieder in Ordnung bringen soll! Für heute genügt mir diese Abwehr des Versuches, die Sünden der Revolution auch auf dem Gebiet der Finanzen dem „alten Regime" aufzubürden. Auf den positiven Teil der Pläne des Reichsfinanzministeriums werde ich demnächst zurückkommen.

IX.

Telegramm des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Weimar, 10. Juli.

Von unterrichteter Seite wird erklärt: Der frühere Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Dr. Helfferich, behauptet in längeren Ausführungen in Nr. 315 der „Kreuz-Zeitung" vom 9. d. M., der Reichsfinanzminister Erzberger habe Anfang 1916 Herrn v. Bethmann Hollweg gegenüber burgfriedliche Bedenken gegen die von Dr. Helfferich ein-

gebrachten Kriegssteuern geltend gemacht. Diese Behauptung entspricht der Wahrheit. Herr Dr. Helfferich vergißt aber zu erwähnen, daß die Bedenken des Herrn Erzberger sich nicht gegen neue Steuern an sich richteten, sondern gegen die indirekten Steuern und Abgaben des Herrn Dr. Helfferich und gegen den durchaus mangelhaften Ausbau der Kriegsgewinnsteuer. Gerade von der Belastung breiter Volksmassen durch die Helfferichschen Verbrauchssteuern befürchtete Herr Erzberger ungünstige Wirkungen für den Burgfrieden, nicht aber von einer wirklichen Kriegsgewinnsteuer. Durch diese Sachlage wird die von Herrn Erzberger kürzlich gekennzeichnete Finanzgebarung des Herrn Dr. Helfferich von diesem selbst voll bestätigt.

X.

Antwort Helfferichs in der „Kreuz-Zeitung" vom 10. Juli.

1. Weder in der Mitteilung des Herrn Dr. Spahn noch derjenigen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg über den Vorstoß des Herrn Erzberger gegen die Kriegssteuern war von einem notwendigen Ausbau der Kriegsgewinnsteuer auch nur mit einem Wort die Rede.

2. Die erste Vorlage über die Besteuerung der Kriegsgewinne ist von mir in den ersten Monaten meiner Amtstätigkeit aus eigener Initiative in Angriff genommen und dann dem Bundesrat und Reichstag vorgelegt worden.

3. In der Budgetkommission hat Herr Erzberger mit dem gesamten Zentrum gegen die von Sozialdemokraten beantragte Ergänzung der Kriegsgewinnsteuer durch eine Wiederholung des Wehrbeitrages und eine Erbschaftssteuer gestimmt.

4. Dem Beschlusse des Hauptausschusses auf Erweiterung der Kriegsgewinnsteuer, insbesondere auf Erhöhung der Sätze gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen sowie auf Ergänzung durch eine Abgabe von den während des Krieges intakt gebliebenen Vermögen, habe ich unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten im Bundesrat im Wege eines auch von dem Zentrum und Herrn Erzberger gebilligten Kompromisses zur Annahme verholfen. Die Schwierigkeiten be-

ruhten nicht zum wenigsten darauf, daß der damalige bayerische Ministerpräsident Graf Hertling, wie er mir am 11. Mai 1916 sagte, von dem Abgeordneten Erzberger die Mitteilung erhalten hatte, jedes Zugeständnis in der Vermögensbesteuerung wäre unnötig, wenn nur Helfferich mehr Festigkeit zeigte. Der jetzige Vizepräsident der Nationalversammlung, Herr Conrad Haußmann, schrieb mir damals: „Ihnen und wirklich Ihnen persönlich ist es gelungen, den hochbeladenen Heuwagen der Steuergesetze durch das Scheunentor des Kompromisses zu führen."

5. Angesichts dieses Sachverhalts wagte Herr Erzberger gestern in der Nationalversammlung die Behauptung: „Staatssekretär Helfferich hat sich jeder ordentlichen Steuergesetzgebung, namentlich der Kriegsgewinnsteuer widersetzt, sie glatt abgelehnt." Herr Erzberger hat mit dieser Behauptung wieder einmal bewußt das Gegenteil der Wahrheit gesagt.

* * *

Eine Antwort des Herrn Erzberger auf diese Feststellung erfolgte nicht.

XI.

Das „Reichsnotopfer" und Herr Erzberger.

(Helfferich in der „Kreuz-Zeitung" vom 21. Juli.)

Das Gesetz über die große Vermögensabgabe wird, einerlei, in welcher Form es schließlich zustande kommen mag, in die Hände des für seine Durchführung zuständigen Reichsfinanzministers eine Macht über die privaten Vermögensverhältnisse eines jeden einzelnen legen, wie sie niemals einer Regierungsgewalt zustand. Eine solche Macht darf im öffentlichen Interesse nur in die Hände eines Mannes kommen, in dessen fleckenlose und untadelige Korrektheit ein allgemeines und unbedingtes Vertrauen besteht. Zu Herrn Erzberger hat ein großer Teil des deutschen Volkes, ich glaube sagen zu können, bis weit hinein in die Reihen seiner eigenen Partei, dieses Vertrauen nicht. Auch ich kann Herrn Erzberger ein Recht auf dieses Vertrauen nicht zugestehen.

Es handelt sich hier für mich nicht um die reichszerstörende

Politik des Herrn Erzberger, sondern um andere Dinge. Ich verzichte deshalb darauf, hier auf die ebenso hinterhältige wie verhängnisvolle Aktion des Herrn Erzberger vom Sommer 1917 noch einmal einzugehen. Der vollen „Wahrheit", die kürzlich die „Germania" über diesen Punkt verlangt hat, wird ihr Herr und Meister nicht entgehen. Ich verzichte auch darauf, hier die verderbliche Rolle, die Herr Erzberger bei den Verhandlungen während des Waffenstillstandes (Finanzabkommen, Auslieferung der Handelsflotte) gespielt hat, näher zu beleuchten. Desgleichen sein mit keinem deutschen Worte scharf genug zu kennzeichnendes Verhalten während der Friedensverhandlungen; dieser Teil der Erzbergerschen Tätigkeit gehört — wenn irgendetwas — vor einen Staatsgerichtshof.

Hier steht für mich lediglich diejenige Seite der Persönlichkeit des Herrn Erzberger in Frage, welche für seine Eignung für die großen künftigen Aufgaben und die Vertrauensstellung des Reichsfinanzministers von Wichtigkeit ist.

Das Volk hat — man braucht sich nur umzuhören — ein feines Gefühl dafür, daß die Wahrhaftigkeit die Grundlage eines jeden Vertrauens ist; daß, wer mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße steht, es auch mit anderen Dingen nicht allzu genau nimmt. Das unglückliche Verhältnis des Herrn Erzberger zur Wahrheit ist nachgerade weltkundig, von jenem frühen Stadium seiner politischen Laufbahn an, in dem der damalige Chef der Reichskanzlei sich genötigt sah, in offener Reichstagssitzung auf Grund der Gerichtsakten den vereidigten Herrn Erzberger dem unvereidigten Herrn Erzberger gegenüberzustellen; seitdem in dem bekannten Pöplauprozeß das Gericht es ablehnte, Herrn Erzberger zu vereidigen; bis zu jenem Augenblick, in dem der damalige Zentrumsführer Graf Hertling in seiner Eigenschaft als Reichskanzler sich weigerte, den Abgeordneten Erzberger fernerhin zu empfangen, weil er sich von ihm „angelogen" fühlte, was nach Herrn Erzberger allerdings ein harmloses „Mißverständnis" war. Ich selbst habe im Laufe der letzten Wochen dem Reichsminister Erzberger nicht weniger als viermal öffentlich in den verschiedensten Formen vorgehalten, daß er die Unwahrheit sage, und mich bereit er-

klärt, einen noch deutlicheren Ausdruck zu gebrauchen, um Gelegenheit zur eidlichen Feststellung zu schaffen, wovon indes Herr Erzberger keinen Gebrauch gemacht hat. Ich glaube, es ist ein kaum jemals dagewesener Fall, daß ein amtierender Minister sich genötigt sieht, solche Vorwürfe von einer Persönlichkeit hinzunehmen, die immerhin einen politischen Namen zu vertreten hat.

In der Tat, wer so mit der Wahrheit umspringt, der pflegt es auch mit anderen Dingen nicht genau zu nehmen. Herr Erzberger hat dafür frühzeitig Beweise erbracht. Ich erinnere an den Strafprozeß wegen der Entwendung von Akten aus den Räumen des Flottenvereins, in dessen Verlauf der Oberstaatsanwalt die Feststellung machen mußte:

„Dem als Zeuge vernommenen Abgeordneten Erzberger ist der Dieb offenbar bekannt. Da er sich aber bereit erklärt hat, zu beschwören, daß er nach bestem Wissen annehme, er würde sich durch eine Auskunft die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen, wird er zur Aussage nicht gezwungen werden können."

Diese ungenaue Auffassung von Dingen dieser Welt hat Herr Erzberger auch sonst bestätigt. Vor allem habe ich während meiner Amtszeit und späterhin die Wahrnehmung machen müssen — ich rede nicht unbedacht, sondern wäge jedes Wort —, daß die Stellungnahme des Abgeordneten Erzberger zu Fragen der Kriegspolitik und Kriegswirtschaftspolitik eine andere war zu der Zeit, in der er durch seine Zugehörigkeit zum Thyssen-Konzern (als Mitglied des Grubenvorstandes der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" usw.) schwerindustriell interessiert war, eine andere, nachdem er im Sommer 1917 aus seinen Stellungen im Thyssen-Konzern mehr oder minder freiwillig ausgeschieden war. Ich habe s. Zt. nicht ohne großes Erstaunen in einem süddeutschen Zentrumsblatt einen Artikel zur Verteidigung des „Schwerverdieners Erzberger" gelesen, in dem es u. a. hieß:

„Diese Beziehungen (von führenden Abgeordneten zum Großkapital) ergeben sich von selbst und liegen mehr oder weniger im Zuge des demokratischen und parlamentarischen Gedankens. Das Großkapital sucht Einfluß, Aufträge, wirtschaftliches Terrain bei Staatsauf-

trägen wie bei solchen privater Natur. Was liegt näher, als daß man sich bei Staatsaufträgen eines Abgeordneten versichert, der seinen Einfluß geltend machen kann gegenüber den maßgebenden Kreisen."

Heute ist das „demokratische und parlamentarische System", in dessen Zug eine solche Entwicklung zur politischen Korruption nach dem Geständnis des damals zur Verteidigung des Herrn Erzberger aufgestandenen Zentrumsblattes liegt, verwirklicht, und der also verteidigte Herr Erzberger ist Reichsfinanzminister und Stellvertreter des Ministerpäsidenten. Herr Erzberger wird heute die von seinem damaligen Verteidiger bekundete Auffassung laut ablehnen. Ich lasse deshalb an Stelle anfechtbarer Auffassungen eine kleine, aber unanfechtbare und bezeichnende Tatsache sprechen:

Wenn ein Politiker es zuwege bringt, als Schiedsrichter in Prozessen zwischen dem Reichsfiskus und einer privaten Gesellschaft zu entscheiden, die letzte Entscheidung zugunsten der Gesellschaft am 24. Mai zu unterschreiben und sich am darauffolgenden 14. Juni, also drei Wochen später, in den mit stattlichen Tantiemen dotierten Aufsichtsrat dieser selben Gesellschaft wählen zu lassen, so ist vom Standpunkte der geschäftlichen und politischen Wohlanständigkeit dieser Mann für mich erledigt. Ich würde einen solchen Mann nicht einen Tag als Prokuristen in meinem Geschäft behalten. Ich würde ihm jedenfalls niemals auch nur den kleinsten Vertrauensauftrag in die Hand geben.

Herr Erzberger hat wirksam geholfen, das deutsche Volk in das Elend des Schmachfriedens zu führen. Das deutsche Volk und seine Vertretung hat das bisher hingenommen. Jetzt steht das deutsche Volk und seine Vertretung vor der Frage, ob es einen Mann von der Qualifikation des Herrn Erzberger mit den ausgedehnten Vollmachten, die dem Reichsfinanzminister aus den kommenden Steuergesetzen erwachsen, über sein Vermögen schalten und walten lassen will.

Ich frage erneut: Soll das Deutsche Reich und das deutsche Volk an dem Krebsschaden Erzberger zugrunde gehen?

XII.

„Der Große Schlag des Herrn Helfferich."

(Erzberger in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 23. Juli.)

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Herr Helfferich sieht am Vorabend der großen Vermögensabgabe des Reichsnotopfers den geeigneten Augenblick, nach mehreren kleinen Vorfeldgefechten den Reichsfinanzminister Erzberger mit schwersten Geschützen anzugreifen. Herr Dr. Helfferich läßt keinen Zweifel darüber, worauf es ihm bei seinem Sommerfeldzug ankommt: durch Aufwand schwerster Mittel die Persönlichkeit des Reichsfinanzministers, der die Vermögensabgabe durchführt, zu diskreditieren. Herr Helfferich weiß als kluger Mann, wie er sein Publikum fassen muß. Er arbeitet mit der Psychologie des Portemonnaies, indem er in geschickter Stilisierung sagt:

„Das Gesetz über die Vermögensabgabe und dessen Durchführung läßt dem Reichsfinanzminister eine Macht über die privaten Vermögensverhältnisse eines jeden einzelnen in der Hand, wie sie niemals einer Regierungsgewalt zustand."

Damit hat sich Herr Helfferich die Plattform für die in diesem Zusammenhang so zugkräftige Vertrauensfrage geschaffen, die selbstverständlich negativ zu beantworten er sich in folgendem bemüht, wobei er mit der nicht allzu glücklichen Zustimmung weiter Interessentenkreise zu dieser Problemstellung von vornherein rechnen zu können glaubt. Denn die Vertrauensfrage, so bedeutungsvoll sie an sich ist, ist hier ein sehr billiges Mittel, um Proselyten zu machen. Mag Herr Helfferich die Vertrauensfrage aufwerfen, dem Minister Erzberger geht es bei seinen Steuerplänen um Gerechtigkeit.

Von vornherein muß aber einer solchen Stilisierung, wie sie Herr Helfferich zu Anfang seines Artikels bringt, in schärfster Weise entgegengetreten werden. Die Sachlage so hinzustellen, als ob der Reichsfinanzminister durch das Gesetz über die Vermögensabgabe eine große Macht über das Privatvermögen jedes einzelnen erwerbe, so daß man daraus folgern könne, daß er das Recht habe, nach freiem Ermessen in das Privatvermögen

des einzelnen einzugreifen, ist eine plumpe, unverantwortliche Demagogie, wie man sie von einem Mann, der sich Staatsminister nennt, nicht erwarten dürfte. Auch Herr Helfferich dürfte wissen, daß es die Nationalversammlung ist, die das Reichsnotopfergesetz unter Zustimmung des Staatenausschusses beschließt, und daß auch die ganze Durchführung des Gesetzes im einzelnen festgelegt wird. Herr Erzberger erhält durch das Gesetz keine Macht in die Hand; das Gesetz ist durch sich selbst eine Macht. Aber Herr Helfferich braucht diese Verschiebung, um seine Vertrauensfrage besser daran aufhängen zu können.

Nun entwickelt Dr. Helfferich mit dem Brustton pathetischer Ueberzeugung warum ein großer Teil des deutschen Volkes und auch er zu Herrn Erzberger kein Vertrauen habe. Auch darin zeigt er sich wieder als nicht ungewandten Stilisten. Er behauptet zwar, es handle sich hier nur um die Person Erzbergers und nicht um seine Politik. Er behandelt aber jetzt noch immer die Juli-Resolution des Reichstages, die Waffenstillstands- und die Friedensverhandlungen in der dem Niveau und dem Sprachschatz des tollsten alldeutschen Hetzblattes angepaßten Manier agitatorisch. Bei den „staatsmännischen“ Qualitäten des Herrn Dr Helfferich, bei dem ausgeprägten Sinn für „Objektivität“ nimmt das allerdings kein Wunder. Eines dürfte Herrn Helfferich doch hier gesagt werden: Die Abrechnung mit der agitatorischen Behandlung der von ihm genannten Themen ist vorgesehen, und es ist Vorsorge getroffen, daß der von ihm geförderten Legendenbildung über diese Dinge ein Riegel vorgeschoben wird. Wie Herr Dr. Helfferich sich damit abfinden wird, ist seine Sache.

Herr Dr. Helfferich bringt sodann zur Diskreditierung der Person des Ministers Erzberger Anwürfe vor, die sich inhaltlich im wesentlichen mit denen decken, mit denen sich Herr Erzberger im Plenum des Reichstages am 27. 2. 1918 in einer längeren Rede auseinandergesetzt hat, in der er seine Verleumder mit den Worten abfertigte: „Mit solchem Gesindel und Pack muß man sich herumschlagen“ Herr Helfferich verschmäht es aber nicht, diese alten, längst widerlegten Geschichten in die Tendenz seines Artikels einzuspannen. Es gehört zu den wesentlichen Eigenschaften des Herrn Helfferich, zu glauben, daß etwas dadurch, daß er es sagt, zur Wahrheit werde. Es kümmert ihn auch nicht, daß Herr Erzberger seinerzeit den Briefwechsel mit

Hertling veröffentlicht hat, und daß alle Eingeweihten wissen, daß das Mißverständnis in der Angelegenheit auf seiten des Herrn Hertling war, den als Kronzeugen anzurufen übrigens jetzt nicht mehr ganz beweiskräftig sein dürfte.

Herr Helfferich hat an Positivem lediglich zwei Angelegenheiten gebracht, durch die er seinen Artikel zweifelsohne besonders schlagkräftig machen wollte. Er behauptet, die Stellungnahme des Abg. Erzberger zu den Fragen der Kriegspolitik und Kriegswirtschaftspolitik sei eine andere gewesen, als er zum Aufsichtsrat des Thyssenkonzerns gehörte, eine andere, als er im Sommer 1917 aus seiner Stellung im Thyssenkonzern ausgeschieden war. Der Zweck dieser Behauptung ist der, den Eindruck zu erwecken, daß Erzberger erst nach seinem Ausscheiden aus dem Thyssenkonzern für eine Friedenspolitik im Sinne der Reichstagsresolution eingetreten wäre. Demgegenüber möge festgestellt werden, daß Herr Erzberger erst am 1. Oktober 1917 aus seiner Aufsichtsratsstellung im Thyssenkonzern ausgetreten ist, und daß dieser Austritt nicht die Ursache der Friedensresolution war, sondern deren Folge. Erzberger hat damals seiner politischen Ueberzeugung materielle Opfer gebracht. Das möge hier einmal mitgeteilt werden, auch wenn Herr Dr. Helfferich über eine solche Haltung in Staunen geraten sollte.

Herr Helfferich behauptet ferner, Erzberger habe in einem Prozeß zwischen dem Reichsfiskus und einer privaten Gesellschaft „zugunsten der Gesellschaft" entschieden und hätte sich drei Wochen später in den Aufsichtsrat der Gesellschaft aufnehmen lassen. Was mit dieser Behauptung gesagt sein soll, ist ungefähr das, daß Herr Erzberger den Fiskus zugunsten einer Privatgesellschaft übers Ohr gehauen hätte und sich zur Belohnung dann zum Aufsichtsrat der Firma hätte machen lassen.

Es stimmt, daß Herr Erzberger als Privatmann in einem Prozeß zwischen dem Reichsfiskus und einer Gesellschaft als von der Gesellschaft ernannter Schiedsrichter fungiert hat. Es ist aber unwahr, daß er die Entscheidung zugunsten der Gesellschaft herbeigeführt hat. Vielmehr ist die Gesellschaft mit 63 Prozent ihrer Ansprüche abgewiesen worden. Erzberger hat lediglich dem Antrag des Schiedsrichters des Reiches zugestimmt, und die hier Erzberger unterstellte Haltung, als ob er die

Interessen der Gesellschaft zuungunsten des Fiskus wahrgenommen hätte, ist demgemäß eine Beleidigung des Schiedsrichters des Reichs. Die Gesellschaft ist bei diesem Schiedsspruch mit ihren Ansprüchen unterlegen. Die von Herrn Helfferich gewollte Herstellung einer Beziehung zwischen der schiedsrichterlichen Tätigkeit Erzbergers und seinem späteren Eintritt in den Aufsichtsrat der Gesellschaft entbehrt jeder Grundlage, ist völlig gegenstandslos, ist in bestimmter Absicht konstruiert, Tendenz und Mache.

Die beiden Primeurs des Herrn Helfferich, mit denen er den großen Wurf zu machen gedachte, waren ein Hieb in die Luft. Herr Erzberger wird sich durch solche, gegen seine Persönlichkeit gerichteten, aber gänzlich unzulänglichen Mittel nicht abhalten lassen, das Sabotagewerk des Herrn Helfferich zu durchkreuzen, und seine Steuerpläne so durchzuführen, wie es im Interesse des Reichs notwendig ist. Wenn Herr Helfferich zum Schluß vom „Krebsschaden Erzberger“ spricht und fragt, ob Deutschland daran zugrunde gehen soll, so fordert diese Frage folgende Antwort heraus:

Wenn das Deutsche Reich und das deutsche Volk nahe an den Rand des Abgrundes geführt worden sind und jetzt am Rande des Abgrundes stehen, so hat gerade Herr Helfferich sein gerütteltes Maß Schuld daran. Unter seiner Aegide sind die Pläne inauguriert und gefördert worden, die auf eine Ausbeutung Belgiens zielten. Unter seiner Aegide sind die schwerindustriellen Aspirationen auf Belgien organisiert worden. Er war der Exponent jener verhängnisvollen Politik, die eine geradlinige Politik gegenüber Belgien zu hintertreiben wußte und die das Deutsche Reich und das deutsche Volk dadurch in den Zusammenbruch geführt hat, auf dessen Trümmern es jetzt wieder aufzubauen gilt.

XIII.

Herr Erzberger.

(Helfferich in der „Kreuz-Zeitung“ vom 23. Juli.)

Auf meine Feststellungen in Nr. 337 der „Kreuz-Zeitung“ antwortet Herr Erzberger heute in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Meine Feststellung, daß seine Unwahrhaftigkeit weltkundig und gerichtsnotorisch ist, glaubt er als „alte,

längst widerlegte Geschichten", abtun zu können. Demgegenüber einige bestimmte Fragen:

1. Hat etwa nicht der Chef der Reichskanzlei in offener Reichstagssitzung nach den Gerichtsakten den vereidigten Erzberger dem unvereidigten Erzberger gegenübergestellt und damit den letzteren der bewußten Unwahrheit geziehen?

2. Hat etwa nicht im Pöplau-Prozeß das Gericht die Vereidigung des Herrn Erzberger auf seine Aussagen abgelehnt?

3. Hat etwa nicht der Reichskanzler Graf Hertling jedem, der es hören wollte, erzählt, daß er sich von Herrn Erzberger angelogen fühle und ihn deshalb nicht mehr empfangen werde, und hat etwa der daraufhin zwischen Herrn Erzberger und dem Grafen Hertling geführte Briefwechsel, der für den ersteren niederschmetternd kläglich war, daran das geringste geändert?

4. Habe etwa nicht ich selbst Herrn Erzberger letzthin viermal in einer Woche in allen Formen Unwahrheit vorgeworfen und nachgewiesen, und hat etwa nicht Herr Erzberger die ihm angebotene Gelegenheit zur eidlichen Feststellung ausgeschlagen?

5. Hat nicht etwa im Flottenvereinsprozeß Herr Erzberger sich bereit erklärt, zu beschwören, daß er nach bestem Wissen annehme, durch eine Aussage über den Dieb sich selbst einer strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen?

Glaubt Herr Erzberger wirklich, daß er alle diese Tatsachen mit einer leichten Handbewegung und mit billigen Invektiven aus der Welt schaffen kann? Das gelingt ihm höchstens bei demjenigen Teil seines Publikums, dem er wirksam die Kenntnis des Inhalts der gegen ihn gerichteten Feststellungen vorzuenthalten vermag.

Gegen meine Feststellung, daß die Stellungnahme des Herrn Erzberger zu wichtigen kriegspolitischen und kriegswirtschaftlichen Fragen eine verschiedene gewesen sei während seiner Zugehörigkeit zum Thyssen-Konzern und nach seinem Ausscheiden aus diesem Konzern, glaubt Herr Erzberger einwenden zu können, daß er erst am 1. Oktober 1917 aus seiner Aufsichtsratsstellung bei Thyssen ausgeschieden sei, daß sein Austritt also nicht die Ursache, sondern die Folge der Juliresolution

gewesen sei. Ich hatte speziell von der Julireſolution in diesem Zusammenhange nicht gesprochen, obwohl es auffallend genug ist, daß im September 1914 der als Thyssenscher Aufsichtsrat fungierende Abgeordnete Erzberger in seinem Annexionismus so weit gegangen ist, daß er sogar den Besitz der britischen, der normannischen Küste vorgelagerten Inseln für Deutschland verlangte, eine Forderung, die meines Wissens von allen Annexionisten nur Herr Erzberger gestellt hat, und diese natürlich ganz außer Zusammenhang mit den an der normannischen Küste gelegenen Erzfeldern des Thyssen-Konzerns. Im übrigen sei registriert, daß der angeblich erst am 1. Oktober 1917 vollzogene Austritt Erzbergers aus seiner Aufsichtsratsstellung bei Thyssen schon im August 1917 von rheinischen Blättern gemeldet wurde. Die von mir wahrgenommenen Verschiedenheiten in der Stellungnahme des Abgeordneten Erzberger vor und nach seinem Ausscheiden aus dem Thyssen-Konzern beschränken sich, wie ich feststellen möchte, keineswegs auf die Wandlung des Herrn Erzberger vom blutigen Annexionisten zum schärfsten Bekämpfer des Annexionismus, sie beziehen sich vielmehr auch auf andere Fragen, in denen das unmittelbare geschäftliche Interesse deutlich in Erscheinung trat.

Herr Erzberger wendet sich weiter gegen meine Feststellung, daß er es zuwege gebracht hat, in Prozessen zwischen einer Privatfirma und dem Reichsfiskus als Schiedsrichter zugunsten der Privatfirma zu entscheiden und sich drei Wochen nach der letzten Entscheidung in den mit stattlichen Tantiemen dotierten Aufsichtsrat dieser selben Gesellschaft wählen zu lassen. Gegenüber seinem Verdunkelungsversuch lasse ich den Bericht sprechen, den die in Frage kommende Behörde seinerzeit an mich als Staatssekretär des Innern erstattet hat:

„. . . Sowohl in demjenigen dieser Prozesse, der die größte Urteilssumme zugunsten der Firma . . . im Gefolge hatte, wie auch in demjenigen, in dem der zeitlich jüngste Spruch gefällt wurde, war der Reichstagsabgeordnete Erzberger Schiedsrichter, ernannt von der Firma . . . Dieser jüngste Schiedsspruch ist vom Abgeordneten Erzberger am 24. Mai d. Js. unterzeichnet worden. Am 14. Juni d. J., also nur zirka 3 Wochen später, hat die Generalversammlung der

Firma . . . stattgefunden. Wie ich zu meinem großen Befremden aus Zeitungsberichten ersehe, ist in dieser Versammlung der Abgeordnete Erzberger zum Mitgliede des Aufsichtsrats gewählt worden."

Die in Frage kommende Behörde hat auf Grund dieses Sachverhalts, als der Abgeordnete Erzberger später in einer anderen Streitsache von einer anderen Firma als Schiedsrichter benannt wurde, die Ablehnung des Abgeordneten Erzberger in Aussicht genommen. Ich habe damals Herrn Erzberger den Sachverhalt mitgeteilt und ihm die Möglichkeit gegeben, sich die Ablehnung dadurch zu ersparen, daß er von sich aus das Schiedsrichteramt ablehnte.

Wenn Herr Erzberger am Schlusse seiner Ausführungen glaubt, einen Gegenschlag führen zu können, indem er mich als den „Exponenten jener verhängnisvollen Politik, die eine geradlinige Politik gegenüber Belgien zu hintertreiben wußte", und als denjenigen hinstellt, unter dessen Aegide die „schwerindustriellen Aspirationen auf Belgien organisiert worden" seien, so bezeichne ich diese Behauptung erstens als eine gemeine Lüge; Herr Erzberger kann und muß wissen, daß gerade ich, soweit meine Macht reichte, gegenüber solchen Bestrebungen, die über das Ziel hinausschossen, wie z. B. die Erzbergerschen während der ersten Zeit des Krieges, Widerstand geleistet habe und für das richtige Maß zu sorgen bemüht war. Die Behauptung bezeichne ich zweitens angesichts der Bestimmungen des Erzberger-Friedens über die Auslieferung deutscher Reichsangehöriger als eine gemeine Denunziation meiner Person an die Adresse der Entente. Da Herr Erzberger außerhalb der ihm Immunität sichernden Nationalversammlung nicht mit offenem Visier hervortritt, sondern sich in dem offiziösen Blatt, das gezwungen ist, sich ihm zur Verfügung zu halten, lediglich als „besondere Seite" zeichnet, ich auch keine Lust habe, gegen einen sachlich unbeteiligten Redakteur vorzugehen, bleibt mir nichts übrig, als dem Urheber dieser gemeinen Lüge und gemeinen Denunziation öffentlich meine Verachtung auszusprechen.

Abermals frage ich: Wie lange noch will das deut-

sche Volk an der Spitze seiner Geschäfte einen Mann von den Qualitäten des Herrn Erzberger dulden?

* * *

Hierauf erfolgte abermals eine Antwort des Herrn Erzberger nicht.

XIV.

Der Immediatbericht des Grafen Czernin vom 12. April 1917.

(Botschafter a. D. Graf Wedel in den „Hamburger Nachrichten" vom 23. Juli.)

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 2. Juli brachte von besonderer Seite eine Zuschrift,*) in welcher gesagt wird:

„Im Sommer 1917 war ein dringlicher Bericht Czernins in Berlin ergangen, die Monarchie stände vor den ernstesten inneren Zersetzungen, über das Jahr hinaus sei an einen Widerstand nicht zu denken. Daraufhin reiste Erzberger in Bethmanns Auftrag nach Wien und erreichte in Verhandlungen mit dem Kaiser Karl und Czernin, daß überstürzte Friedensschritte unterblieben. Die Reichsregierung allerdings schlug die Schicksalsmahnung aus Wien, die dann ein Jahr später zu der lange vorher geahnten Katastrophe führte, in den Wind und glaubte, mit dem Erfolge der Erzbergerschen Reise sei alles Nötige getan." Weiter heißt es, Zweck und Ergebnis der Wiener Reise Erzbergers sei gewesen, „Oesterreich-Ungarn bei der Stange zu halten und ihm den Rücken zu stärken."

Die Dinge liegen anders! Bald nach der Petersburger Märzrevolution 1917 begann man in maßgebenden Wiener Kreisen nervös zu werden. Die Stimmung der Bevölkerung war infolge der Entbehrungen, die in Oesterreich weit fühlbarer waren als in Deutschland, schlecht, militärische Erfolge waren seit längerer Zeit ausgeblieben. Die Hoffnung, daß die Revolutionsregierung in Rußland Frieden schließen würde, erfüllte sich nicht. Die russische Armee drückte auf die galizische Front, und die Ita-

---

*) Siehe oben Seite 13.

liener machten langsame, aber stetige Fortschritte. Man fürchtete in Wien bei der Niedergeschlagenheit und Verstimmung der Bevölkerung das Ueberspringen der Revolution auf Oesterreich. Der Außenminister Graf Czernin überreichte Kaiser Karl am 12. April einen Immediatbericht, der für das deutsche Hauptquartier bestimmt war und durch den Flügeladjutant Graf Ledochowski in Homburg überreicht wurde. Graf Czernin gehört zu jenen pessimistischen Naturen, die immer die ungünstigste Entwicklung der Dinge erwarten und darauf ihre Berechnungen und Vorkehrungen einstellen. In diesem Falle hat er es des Zweckes wegen für diplomatisch gehalten, in besonders schwarzen Farben zu malen. Der Bericht entwarf ein äußerst pessimistisches Bild über die Lage in Oesterreich. Derselbe verwies „auf das zur Neige gehende Rohmaterial, auf das vollständig erschöpfte Menschenmaterial und vor allem auf die dumpfe Verzweiflung, welche sich vor allem wegen der Unterernährung aller Volksschichten bemächtigt hat, und welche ein weiteres Tragen der Kriegsleiden unmöglich macht". Man könne wohl hoffen, noch „die allernächsten Monate" in der Defensive durchzuhalten, eine weitere Winterkampagne sei aber „vollständig ausgeschlossen", es müsse im Spätsommer oder Herbst „um jeden Preis" Schluß gemacht werden. Man müsse die Friedensverhandlungen beginnen, ehe die Entente den bevorstehenden Zusammenbruch erkenne, sonst werde sie auf keine Bedingungen eingehen, außer auf solche, welche die „vollständige Vernichtung der Zentralmächte" bedeuten. Czernin spricht dann von der täglich zunehmenden dumpfen Verzweiflung der Bevölkerung. Der Kaiser kenne die geheimen Berichte der Statthalter. Der Bogen sei dermaßen gespannt, daß „ein Zerreißen täglich erwartet werden" könne. Die innere Situation in Deutschland sei nicht wesentlich besser. Auch die deutschen Staatsmänner gäben zu, daß auch für Deutschland eine weitere Winterkampagne „ein Ding der Unmöglichkeit" sei. — Soweit der Immediatbericht. Er sollte die deutsche Regierung und Heeresleitung beeindrucken, das Vertrauen in einen guten Ausgang erschüttern und einen fast gleichzeitig unternommenen Versuch unterstützen, Deutschland zu einem Abtretungsfrieden, also einem Bekenntnis der Niederlage, zu bewegen. Kaiser Karl und Czernin machten bei einem Besuch in Homburg den Vorschlag, Deutschland solle Elsaß-Lothringen an Frankreich abtreten. Oestereich sei zu Gebietsabtretungen an Italien bereit und wolle

das ohnehin verlorene Galizien zu Polen schlagen, Polen mit Galizien der deutschen Interessensphäre überlassend.

Der Immediatbericht machte im deutschen Hauptquartier nicht den gewünschten Eindruck, und zwar gerade wegen seiner Uebertreibungen. In den nächsten Monaten wurden die Russen aus Galizien verdrängt. Im Spätherbst und Winter — eine Winterkampagne sollte nach dem Bericht vollständig ausgeschlossen sein — eroberten unsere Bundesgenossen mit deutscher Hilfe in glänzendem Vorstoß Venetien. In Wien machte die deprimierte Stimmung einer zuversichtlichen Platz. Man sprach nicht mehr von Abtretungen und hatte trotz aller Friedenssehnsucht andere Ambitionen. Oesterreich hat bis zum Herbst 1918 durchgehalten, und es war auch dann noch, trotz der großen Entbehrungen, kein Grund zum Niederbruch vorhanden. Die italienischen Angriffe wurden abgeschlagen, die Italiener befanden sich in einer bedenklichen Situation, ihre Hilferufe wurden aufgefangen, man war mit einem Wort diesseits im schönsten Siegen, als das berühmte Manifest gewissermaßen die Auflösung der Monarchie verkündete. Die Ungarn zogen sofort ab, und damit war das Schicksal der Monarchie besiegelt.

Als Herr Michaelis im Sommer 1917 seinen Antrittsbesuch in Wien machte, hat Czernin den Vorschlag: Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich gegen Kompensation durch Ueberlassung Polen-Galiziens meines Wissens zum letzten Male wiederholt. Allein das polnische Geschenk war von zweifelhaftem Wert. Elsaß-Lothringen hätten wir verloren, es wäre ein Frieden der Niederlage gewesen. Herr Michaelis sprach diesen Gedanken offen aus, erklärte aber, den Vorschlag im Auge behalten zu wollen, noch seien wir aber nicht gezwungen, um solchen Preis den Frieden erkaufen zu müssen. Heute wird man vielleicht sagen, wir hätten besser getan, darauf einzugehen. Ebensogut könnte man sagen, wir hätten am besten getan, in den kritischen Julitagen 1914 Elsaß-Lothringen abzutreten, um damit den ganzen Krieg zu vermeiden. Es gibt gewisse Dinge, die ein Staat nicht wagen kann. Er kann nicht seine Niederlage bekennen, wenn seine Heere an allen Fronten siegreich in Feindesland stehen und die innere Situation trotz mancher Entbehrungen intakt ist. Das wäre ein unbegreifliches Sichselbstaufgeben, und die Folgen eines solchen Schrittes wären nicht abzusehen. Ein Staat kann die Niederlage erst dann bekennen und daraus die Schlüsse zie-

hen, wenn das Volk die Niederlage sieht oder wenigstens die kommende Niederlage fühlt.

Aus der erwähnten Notiz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von besonderer Seite muß der Leser den Eindruck gewinnen, daß Herr von Bethmann Hollweg Erzberger ob des Czerninschen Berichts vom 12. April ins Vertrauen zog und nach Wien sandte, um Kaiser Karl und Czernin aufzurichten und überstürzte Friedensschritte zu verhindern, eine Aufgabe, der sich Herr Erzberger erfolgreich unterzog. Wie ich höre, bestreitet Herr von Bethmann, Herrn Erzberger Mitteilungen aus dem Immediatbericht Czernins gemacht zu haben — solche Vertrauensseligkeit wäre auch unbegreiflich. Er bestreitet desgleichen, Herrn Erzberger nach Wien gesandt zu haben. Dazu lag auch kein Anlaß vor. Es wäre eine wunderliche Idee des Reichskanzlers gewesen, eine Kapazität nach Wien zu schicken, um auf die dortige Regierung eine rückenstärkende Wirkung auszuüben. Dazu standen die Botschaft in Wien und die österreichisch-ungarische Botschaft in Berlin zur Verfügung, und ich habe Grund zu glauben, daß Botschafter Prinz Hohenlohe und meine Wenigkeit sowohl Kaiser Karl als auch Czernin vertrauter waren als Herr Erzberger. Für eine moralische Einwirkung ist aber Vertrauen eine bessere Grundlage, als parlamentarische Geschicklichkeit. Zudem hat Graf Czernin niemals verfrühte Friedensschritte ohne Deutschlands Einverständnis beabsichtigt. Er suchte nur wiederholt Deutschland selbst zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Die Geschichte von der Entsendung Herrn Erzbergers mit der Kampferspritze nach Wien ist daher unverständlich. Herr Erzberger hat während des Krieges oft aus eigener Initiative Reisen ins Ausland, nach der Schweiz, nach Oesterreich und Ungarn unternommen. Er versäumte nicht, vorher beim Reichskanzler oder im Auswärtigen Amt zu seiner Orientierung vorzusprechen, und man suchte seine Sprache zu regeln. Herr Erzberger berief sich dann im Auslande auf diese Besprechungen, und man hielt ihn für einen Abgesandten der Regierung. Wiederholt galten Herrn Erzbergers Reisen der österreichischen Hauptstadt. Herr Erzberger hat am 25. April 1917 dem Staatssekretär Zimmermann eine Aufzeichnung über Besprechungen in Wien am 22. und 23. April mit dem Kaiser, Mitgliedern der Familie Parma und Braganza und dem Grafen Czernin zugestellt. Diese Aufzeichnung stimmt selbst nicht recht zu der Darstellung der besonderen Seite der „Deutschen All-

gemeinen Zeitung". Herr Erzberger erzählt darin seine Eindrücke aus den Aeußerungen des Kaisers und seines Ministers, namentlich deren Zweifel an der Wirkung des U-Bootkrieges. Im Zusammenhange damit erwähnt er Graf Czernins Bericht an den Kaiser, ohne auf den Inhalt des Berichts näher einzugehen. Im übrigen bemerkt Herr Erzberger in seiner Aufzeichnung, der Kaiser habe erklärt, daß in drei bis vier Monaten von den Mittelmächten eine entscheidende Friedensaktion eingeleitet werden müsse. Bis dahin solle keine öffentliche Erklärung folgen. Drei bis vier Monate später war gerade etwa die Zeit der Reichstagsresolution vom 17. Juli und ebenso die Zeit, als Herr Erzberger den Czerninschen Bericht anders bewertete, worauf ich jetzt kommen werde.

Herr Erzberger wußte also nach einer Aufzeichnung einiges von Czernins Bericht und seinem Inhalt. Wieviel, ist nicht zu erkennen. Später stellte es sich heraus, daß Herr Erzberger den streng geheimen Bericht selbst in Händen hatte. Man war davon peinlich überrascht, insbesondere von dem Gebrauch, den Herr Erzberger einige Zeit später davon gemacht hatte. In Wien war eine hochnotpeinliche Untersuchung die Folge, da ein Vertrauensbruch von amtlicher Seite vermutet wurde. Graf Czernin drohte schließlich mit einer Anklage wegen Diebstahls einer Geheimakte, bis es sich herausstellte, daß Herr Erzberger den Bericht zwar aus Österreich, aber von anderer Seite bezogen hatte.

Es war für Berlin und Wien eine sehr unerfreuliche Ueberraschung, als eine rheinische Zeitung den Geheimbericht des Grafen Czernin ungeniert besprach. Es wurde festgestellt, daß Herr Erzberger ihn in einer Versammlung — wenn ich nicht irre, in Frankfurt a. M. — vertraulich verwertet hatte. Wenn man ein Geheimnis einem größeren Kreise mitteilt, so pflegt es den Kreis zu durchbrechen. Das Geheimnis machte in diesem Falle auch an der deutschen Grenze nicht halt, sondern fand seinen Weg nach Paris. Der geheime Immediatbericht Czernins wurde von einer französischen Zeitung — ich glaube, es war der Temps — mit besonderer Genugtuung besprochen. Wenn man den Inhalt des Berichts ins Auge faßt, so kann man sich den Eindruck vorstellen, den er bei der Entente machte. Ein französischer Diplomat hat in Wien verraten, es habe 1917 einen Augenblick gegeben, wo Lloyd George, der über Krieg und Frieden entschied, in seiner

Siegeszuversicht infolge der Wirkung des U-Bootkrieges wankend geworden und Verständigungsgedanken nicht ganz unzugänglich gewesen sei. Lloyd George und Ribot hätten im Begriff gestanden, nach Rom zu reisen, um mit dem italienischen Kollegen die Frage eines Verständigungsfriedens zu beraten. Die geplante Reise sei aufgegeben worden, weil durch das Eintreffen österreichischer Nachrichten die Lage sich geändert habe. Der Diplomat hat auch verraten, daß der Immediatbericht Czernins in Paris bekannt wurde und in den amtlichen Kreisen frohes Aufsehen erregte. Man habe danach geglaubt, daß Oesterreich, vielleicht auch Deutschland, nahe vor dem inneren Zusammenbruch ständen, man habe geglaubt, den Sieg in der Tasche zu haben, und habe dementsprechend den Verständigngsgedanken definitiv fallen gelassen. Sogar der Gedanke eines Sonderfriedens mit Wien, auf den man zeitweise gehofft habe, habe an Interesse verloren. Man habe jeden Monat, fast jede Woche den Zusammenbruch der Mittelmächte fest erwartet und habe sich deren kraftvolle Offensiven im Herbst 1917 und im Frühjahr 1918 gar nicht erklären können. Man habe vor einem Rätsel gestanden. — Das ist begreiflich; denn die Entente konnte die Uebertreibungen des Czerninschen Berichts und den Zweck desselben nicht übersehen. Auch Herr Erzberger konnte das nicht und hat es wohl versäumt, festzustellen, welche Bewandtnis es mit dem Bericht hatte und inwieweit er begründet war. Beeindruckt durch die pessimistische Schilderung scheint er geglaubt zu haben, die drei bis vier Monate, die der Kaiser Karl angegeben hatte, beachten und den Krieg abblasen zu müssen. Er hat die Deutschen entmutigt, die Gegner aber sehr gegen seinen Willen ermutigt, mehr als das: durch die unglückliche Verwertung des Berichts in jener Versammmlung die letzte Chance einer Verständigung vereitelt. Nachdem die Engländer das Convoi-System eingeführt hatten, verlor der U-Bootkrieg seine volle Wirkung, die Gefahr war für England vorüber, Lloyd Georges Siegeszuversicht war vollkommen wiederhergestellt, der Entschluß, den Kampf bis zum völligen Siege durchzuführen, fester denn je.

Um die Angelegenheit noch klarer zu stellen, kann ich es nicht vermeiden, eine Indiskretion zu begehen. Graf Czernin hat mir gesagt, ihm sei von Verhandlungen Herrn Erzbergers zur Verhinderung verfrühter Friedensschritte, die er nie beabsichtigt habe,

nichts bekannt. Herr Erzberger habe ihn besucht und mit ihm über die Lage gesprochen, die man beiderseits ziemlich pessimistisch beurteilt habe. Eine Abweichung der Ansicht müsse er bezüglich der Wirkung des U-Bootkrieges feststellen. Er, Czernin, habe auch diese schon damals sehr pessimistisch beurteilt, während Herr Erzberger hoffnungsvoller gewesen sei. — Das wird durch Herrn Erzbergers Aufzeichnung vom 25. April bestätigt. Ferner hat mir Graf Czernin schriftlich mitgeteilt, als er später den Gebrauch des Immediatberichts erfuhr, den Herr Erzberger für nützlich befand, habe er, Czernin, Herrn Erzberger veranlaßt, nach Wien zu kommen, um von ihm Rechenschaft wegen der indiskreten Verwertung seines Geheimberichts zu verlangen. Auf die Folgen aufmerksam gemacht, sei Herr Erzberger sehr erschüttert gewesen und habe seinen schweren Fehler eingesehen. Einwandfreies Zeugnis von anderer Seite und beweiskräftige Dokumente seien für die Affaire vorhanden.

Unter diesen Umständen bekommen die Wien-Reisen Herrn Erzbergers und die angebliche Rettung der Situation allerdings ein anderes Gesicht.

XV.

Aus der Rede Erzbergers in der Nationalversammlung am 25. Juli.

Am 30. August erhielt der Reichskanzler durch den Nuntius ein Schreiben, in dem ein Angebot Englands vorlag, dem die französische Regierung sich angeschlossen habe, die kaiserliche Regierung möge sich für die Unabhängigkeit Belgiens erklären und Garantien für die politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit des Landes geben. Eine versöhnliche Antwort werde den guten Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtern. (Langandauerndes Hört, hört! links. Große Bewegung.) Wir haben hier den amtlichen Schritt einer neutralen Macht, die durch ihre Organisation und Ideenwelt wie wenige in der Lage war, zu beurteilen, wann ein Friedensschritt Aussicht auf Erfolg hatte, hervorgegangen nicht aus eigener Initiative, sondern um einen ausdrücklichen Versuch der englischen Regierung mit ausdrücklicher Ermächtigung der französischen. Das war 1917 eine wohlbegründete, wohlüberlegte Friedensaktion von einer neu-

tralen Macht, die wie wenige berufen war, die Ideen der Völkerversöhnung einzuleiten, und es wurde verlangt, lediglich eine präzise Erklärung über Belgien. Die Erlaubnis, den Inhalt der englischen Note zu veröffentlichen, ist vom Papste eingeholt, aber noch nicht eingetroffen. Was geschieht aber in Berlin? Man würde es nicht für möglich halten: Vier Wochen gibt man den Ministern keine Antwort. (Stürmisches Hört! Hört! links und im Zentrum.) Ich muß aber noch einen Schritt weitergehen. In einem Schreiben vom 24. 9. wird abgelehnt, eine Erklärung abzugeben. (Stürmisches Hört, hört! Große Unruhe, die sich zum Lärm steigert. Präsident Fehrenbach läutet, vermag aber erst nach längerer Zeit Ruhe zu schaffen.) Im heutigen Stadium, heißt es in der Antwort, sei die Regierung nicht in der Lage, die Erklärung über Belgien und die gewünschten Bürgschaften auszusprechen, weil die Vorbedingungen für Abgabe einer solchen Erklärung noch nicht genügend geklärt seien. (Hört, hört!) Also ein amtlicher diplomatischer Bericht für ein Volk, das in höchster Not liegt, wird vier Wochen nicht beantwortet, dann erklärt man ihn nicht für genügend. (Hört, hört! Große Bewegung.) Ende September war ich in München. Ich kenne den Nuntius seit längerem als persönlichen Freund. Er kam mir mit Tränen entgegen: Die armen Völker! Damit war der von England über den heiligen Stuhl eingeleitete Versuch erledigt. Das ist das tragische, das entsetzliche. Man kämpft für den Frieden und dann kommt es so. (Bewegung.) Da kann man nicht schweigen! (Zuruf: Das ist das Werk der Vaterlandspartei!) So war es 1917 Wir müssen dem deutschen Volk sagen, wie es zwei Jahre gewissenlos irregeführt worden ist. Hätte es diese Dinge besser gewußt, hätte es den Frieden einfach erzwungen. (Sehr richtig!) Und wie stand es im Juli 1917? Wir wollten nach außen den Frieden und nach innen die Freiheit. Und da war ihre Parole: Keinen Frieden und keine Freiheit! Was war die Folge? Die ganze Wehrmacht zu Lande und zu Wasser wurde mobil gemacht gegen den Mann, der vor Ihnen spricht. Namenloses, Entsetzliches wurde gegen mich vom Kriegspresseamt zusammengelogen. In dem Augenblick, wo die Friedensaktion auf dem Höhepunkt stand, wurde die Vaterlandspartei gegründet zu dem Zweck, die Friedensresolution totzuschlagen. Militärs, Beamte, Kriegsgesellschaften und wirtschaftliche Ver-

bände. Ende September war die vom ehrlichen Willen des deutschen Reichstages getragene Friedenspolitik des verständigen Ausgleichs durch die Agitation erledigt, die Hoffnung, die auch die anderen Völker hatten, mit einem Schlage vernichtet. Deutschland ist mit offenen Augen in den Tod hineingerannt. Im September bildeten die Alliierten ihren Obersten Kriegsrat. Und was war die Folge hiervon? Die Ablehnung der von England verursachten Friedensvermittlung. (Stürmische Bewegung!) Die Wahrheit über alles! Dann hört die Vergiftung im Innern auf.

XVI.

Der Brief des Münchener Nuntius Pacelli an Reichskanzler Michaelis.

München, den 30. August 1917.

Euere Exzellenz!

Ich habe die hohe Ehre, anliegend Euerer Exzellenz die Abschrift eines Telegramms zu übermitteln, das von Seiner Exzellenz, dem Herrn Gesandten Seiner Majestät des Königs von England bei dem Heiligen Stuhle Seiner Eminenz dem Herrn Kardinalstaatssekretär übergeben wurde; die französische Regierung schließt sich den im gleichen Telegramm ausgeführten Darlegungen an.

Seine Eminenz ist voll des Verlangens, jene Bemühungen für baldige Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortzusetzen, welchen anzunehmen die kaiserliche Regierung so entgegenkommende Bereitwilligkeit an den Tag gelegt hat. Darum hat mich Seine Eminenz beauftragt, die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzulenken, welcher sich auf Belgien bezieht, und zu erreichen: 1) eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; 2) eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit,

welche Deutschland verlangt. Sei diese Erklärung befriedigend, so meint Seine Eminenz, daß ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Tatsächlich hat der erwähnte Gesandte von Großbritannien seine königliche Regierung bereits verständigt, daß der Heilige Stuhl auf die im angegebenen Telegramm enthaltenen Mitteilungen antworten wird, sobald er seinerseits durch meine Vermittlung die Antwort der kaiserlichen Regierung erhalten haben wird.

Meinerseits möge es mir gestattet sein, der festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß Euere Exzellenz, bei deren Eintritt in die allerhöchste Stelle unter wohlerwünschtem Zusammentreffen der hochgeschätzte päpstliche Vorschlag erschienen ist und welche so günstige Gesinnungen in bezug auf dieses Friedenswerk gezeigt hat, sich unsterbliche Verdienste erwerben wird um das Vaterland und um die ganze Menschheit, wenn mit einer versöhnlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird.

In solcher Erwartung ist es mir sehr angenehm, der Gesinnung höchster Wertschätzung Ausdruck zu geben, und habe die Ehre, zu verharren als

Euerer Exzellenz
ergebenster
gez. Eugen Pacelli, Erzbischof von Sardi,
Apostolischer Nuntius.

Es folgt die Depesche der englischen Regierung!

Die Depesche der englischen Regierung an ihren Gesandten beim Vatikan war als Anlage diesem Schreiben beigegeben. Sie hatte kein Datum und lautete in Übersetzung:*)

„Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten über die Note Seiner Heiligkeit zu befragen und sind nicht in der Lage, uns über eine Beantwortung der Vorschläge Seiner Heiligkeit betreffend Bedingungen eines dauernden Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür,

*) Von der Deutschen Regierung erst am 28. Juli veröffentlicht.

diesem Ziele näherzukommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. Selbst hinsichtlich Belgiens, und in diesem Punkte haben die Zentralmächte anerkannt, im Unrecht zu sein, ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekannt geworden, die völlige Unabhängigkeit wiederherzustellen und die Schäden wieder gutzumachen, die sie es hatten erdulden lassen. Seiner Eminenz dürften zweifellos die Erklärungen gegenwärtig sein, die von den Alliierten in Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson abgegeben worden sind. Weder von Österreich noch von Deutschland ist jemals eine solche (äquivalente) Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegführenden in Übereinstimmung zu bringen, erscheint so lange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im klaren sind, in denen ihre Ansichten auseinandergehen."

Die Antwort des Reichskanzlers Michaelis.

Berlin, den 24. September 1917.

Euerer Exzellenz

geneigtes Schreiben vom 30 .v. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bitte den Ausdruck meines aufrichtigen Dankes für die gütige Übersendung der interessanten Mitteilungen entgegenzunehmen.

Wie ich aus dem Schreiben Euerer Exzellenz entnehme, will der Herr Kardinalstaatssekretär seine Bemühungen für baldige Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortsetzen; ich nehme hiervon mit lebhafter Genugtuung Kenntnis, da die Wünsche der kaiserlichen Regierung mit diesen Bestrebungen Seiner Eminenz vollkommen übereinstimmen.

Euere Exzellenz wollen mir gestatten, zu der mir gütigst übermittelten Abschrift eines Telegramms der königlich großbritannischen Regierung an ihren Gesandten bei dem Heiligen Stuhle nachstehendes zu bemerken:

Die kaiserliche Regierung schließt sich der Auffassung an, daß eine genaue Präzisierung der Kriegsziele denjenigen Weg bildet, auf dem sich unter Umständen eine Einigung unter den kriegführenden Parteien wird erzielen lassen. Denn gerade eine scharfe Präzisierung der gegenseitigen Bedingungen wird es ermöglichen, zu übersehen, ob durch eine Prüfung im Geiste eines verständigen Entgegenkommens vorhandene Gegensätze beseitigt werden können. Für die Behandlung der zu untersuchenden Punkte wird ohne Zweifel eine gewisse Ordnung und Reihenfolge festzulegen sein; hierbei werden auch nach unserer Ansicht die auf Belgien bezüglichen Fragen in erster Linie Beachtung zu finden haben.

Alle Einigungsversuche müssen aber — und hierauf möchte ich vor Eintritt in Einzelheiten besonders hinweisen — von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein, wenn nicht bei dem Austausch der Meinungen derjenige Geist von Objektivität und Achtung vor dem Standpunkt des Gegners vorwaltet, für den gerade Seine Heiligkeit der Papst während der ganzen Dauer dieses furchtbaren Krieges den Völkern ein so leuchtendes Vorbild gegeben hat.

Bei unseren Gegnern ist im allgemeinen die Tendenz hervorgetreten, den Mittelmächten die alleinige Schuld an dem Kriege aufzubürden und von ihnen in einem Tone zu reden, als habe ein Angeklagter vor dem Tribunal strenger Richter zu erscheinen. Wir haben mit aufrichtigem Bedauern wahrgenommen, daß auch in dem von Euerer Exzellenz mir überreichten Telegramme der königlich großbritannischen Regierung Auffassungen anklingen, die den eben geschilderten entsprechen. Und doch sind nach uns zugegangenen Berichten manchmal auch in den Äußerungen leitender englischer Staatsmänner objektivere Auffassungen zutage getreten, die von uns angenommen werden könnten und dem Urteil entsprechen dürften, das die Geschichte dereinst über die Entstehungsursache dieses gewaltigen Kampfes als Wahrheit feststellen wird.

Nur ein solcher Geist der ruhigen Beurteilung und der Versöhnlichkeit kann eine für einen erfolgreichen Gedankenaustausch günstige Atmosphäre schaffen. Es würde mit dem berechtigten Stolze des deutschen Volkes vollkommen unerträglich sein, auf dem Boden anderer Anschauungen oder Ge-

fühle sich mit seinen heutigen Gegnern zu einer Diskussion über die Möglichkeit und die Bedingungen eines Friedens zu begegnen.

Ich habe mir erlaubt, diesen Gesichtspunkt so ausführlich hervorzuheben, nicht zu dem Zweck, alte Kontroversen, die jetzt mehr als drei Jahre lang die Völker entflammt hatten, wieder zu beleben und das Friedenswerk zu erschweren, sondern gerade in dem Bestreben, durch genaue Umschreibung jener seelischen Voraussetzungen — auch bei unseren Gegnern —, ohne welche alle noch so wohlgemeinten Versuche ergebnislos bleiben müßten, dem Friedenswerke den Weg zu ebnen.

Wenn sich unsere heutigen Gegner darauf berufen, daß sie als Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson ihre Kriegsziele mitgeteilt hätten, so dürfte es nicht überflüssig sein, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß die damals bekanntgegebenen Kriegsziele als Grundlage eines Meinungsaustausches nicht in Erwägung gezogen werden können, da sie einen Ausgangspunkt zur Voraussetzung haben, der dank der Standhaftigkeit des deutschen Volkes niemals eintreten wird: nämlich eine völlige Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten. Wollte Deutschland Kriegsziele veröffentlichen oder seinen heutigen Gegnern mitteilen lassen, die von der umgekehrten Voraussetzung, d. h. von einer völligen Niederwerfung seiner heutigen Gegner ausgingen, so würde unseres Erachtens die Sache des Friedens hierdurch nicht gefördert, sondern geschädigt; denn die Abweichungen der gegenseitigen Forderungen wären so groß, daß auch der beste Wille verzweifeln müßte, eine Einigung für möglich zu halten. Sollte es im gegenwärtigen Augenblicke zu Gesprächen über die Möglichkeit des Friedens kommen, so könnten sie nur auf einer neuen Grundlage geführt werden — auf der Grundlage nämlich, daß zurzeit keine von beiden Parteien besiegt sei und keine der anderen moralisch oder politisch etwas zumute, was von einem stolzen Volk, selbst wenn es besiegt wäre, nicht ertragen werden könnte.

Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht

in der Lage, dem Wunsche Eurer Exzellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien zu entsprechen, so liegt der Grund hierfür keineswegs darin, daß die kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätze oder glaubte, ihre Absichten und die ihr unumgänglich nötig scheinenden Garantien könnten ein unübersteigliches Hindernis für die Sache des Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen.

Hierüber Klarheit zu gewinnen, wird das Bestreben der kaiserlichen Regierung sein, und sie hofft — falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen — in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Euere Exzellenz über die Absichten und nötigen Forderungen der kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien, genauer unterichten zu können.

Ich darf schon jetzt der uns beseelenden Hoffnung Ausdruck geben, daß das große Unternehmen Seiner Heiligkeit des Papstes den Völkern nach so vielen Schrecknissen dieses beispiellosen Kampfes die Segnungen des Friedens wieder zu schenken, von vollem Erfolg gekrönt sein möge.

In ausgezeichneter Hochachtung habe ich die Ehre zu verharren als

Euerer Exzellenz ergebenster

gez. Michaelis.

Seiner Exzellenz

dem Apostolischen Nuntius Erzbischof von Sardi

Msgr. Eugen Pacelli

München.

XVII.

Erzbergers Entlastungs-Offensive.

(Helfferich in der „Kreuz-Zeitung“ vom 26. Juli.)

Die beste Parade ist der Hieb. Nach diesem Satz hat Herr Erzberger stets gehandelt. Auch gestern wieder. Er steht unter der schweren Anklage, die ernsthafte Friedensmöglichkeit, die unter dem Druck des U-Bootkrieges im Sommer 1917 heranreifte, de facto sabotiert zu haben. Er steht noch unter anderen Anklagen, die sich auf die Reinlichkeit seines politisch-geschäftlichen und geschäftlich-politischen Gebarens beziehen. Und seine Verteidigung ist die Anklage gegen alles, was er unter seiner Gegnerschaft begreift, selbst die Friedensmöglichkeiten ausgeschlagen und das deutsche Volk den Weg nach Versailles geführt zu haben. Der Kern seines Gegenangriffs ist die Behauptung, England sei im August und September 1917 ernsthaft bereit gewesen, unter der Bedingung der Wiederherstellung Belgiens und von Garantien für seine Unabhängigkeit Frieden mit Deutschland zu machen. Dieses Angebot Englands sei durch den päpstlichen Nuntius in München Herrn Pacelli an den Reichskanzler übermittelt, aber nach drei Wochen des Wartens am 24. September 1917 unter alldeutschem, schwerindustriellem und militärischem Druck vom Reichskanzler abschlägig beschieden worden.

Ich möchte schon an dieser Stelle erklären, daß nach meiner Kenntnis der Dinge dieser Kern der Erzbergerschen Entlastungsoffensive eitel Schaumschlägerei ist, Schaumschlägerei, die in der Zuversicht arbeitet, daß die Einzuseifenden gar nicht in der Lage sind, Herknuft und Art der Seife zu kontrollieren.

Es wäre nur ein Hineinfallen auf die Erzbergersche Taktik der Verschiebung des Gefechts von einem für ihn unhaltbaren Gelände in eine geschickt ausgebaute Aufnahmestellung, wenn ich ihn ohne weiteres die Aufnahmestellung beziehen ließe. Diesen Gefallen tue ich Herrn Erzberger nicht. Ich halte ihn zunächst auf dem Boden fest, von dem er zu entkommen sucht und werde ihm dann erst an seine neue Festung folgen. Demgemäß gebe ich die Daten, auf die es ankommt, im Zusammenhang:

1. Am 31. März 1917 schreibt Kaiser Karl von Österreich den bekannten Brief an den Prinzen von Parma, er möge mit Poincaré und Lloyd George zur Vorbereitung einer Friedensaktion Fühlung nehmen und dabei Herrn Poincaré sagen, daß er „mit allen Mitteln und unter Aufbietung allen seines persönlichen Einflusses" bei dem deutschen Kaiser die „gerechten französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen" unterstützen werde.

2. In der ersten Aprilwoche sind Kaiser Karl und Kaiserin Zita mit dem Grafen Czernin im deutschen Großen Hauptquartier. Bei dieser Gelegenheit wird der erste Versuch gemacht, das unbesiegte Deutschland, dessen Aussichten auf einen ehrenvollen Frieden durch den Ausbruch der russischen Revolution gewachsen waren, zum Verzicht auf Elsaß-Lothringen zu bewegen. Der Versuch findet keine Gegenliebe, um so weniger, als Kaiser Karl gleichzeitig die Designierung des Erzherzogs Karl Stephan zum König von Polen betreibt!

3. Am 14. April kommt der Wiener Hof auf seinen Versuch zurück, Deutschland zum Verzicht auf Elsaß-Lothringen zu veranlassen. Diesmal ist es der Immediatbericht des Grafen Czernin an seinen kaiserlichen Herrn, der als Sturmbock dient und den ein Kurier des österreichischen Kaisers ins deutsche Hauptquartier bringt.

4. Acht Tage später ist Herr Erzberger in Wien, im Auftrage des Reichskanzlers, wie er behauptet, ohne Auftrag des Reichskanzlers, wie Herr von Bethmann und der Wiener Botschafter Graf Wedel behaupten. Er wird von Kaiser Karl empfangen und erhält von diesem, was Herr Erzberger schamhaft verschweigt, — ohne Wissen des Grafen Czernin! — den Czerninschen Immediatbericht. Mit dem Immediatbericht in der Hand treibt von Stunde an Herr Erzberger mit der ihm angeborenen gedankenlosen Geschäftigkeit im Effekt habsburgische Politik.

5. Graf Czernin sieht gleichfalls in Erzberger eine geeignete Persönlichkeit, um den deutschen Willen zum Widerstand zu zermürben und uns zu einem Abtretungsfrieden reif zu machen; er tritt durch einen Freund in Berlin

mit Erzberger in Verbindung und ermuntert ihn zu seinem Julivorstoß.

6. Am 6. Juli 1917 überfällt Herr Erzberger im Hauptausschuß den Reichskanzler — er mag es leugnen so viel er will —, ja seine eigene Fraktion mit dem alsbald von der Sozialdemokratie aufgenommenen und zu einer großen Aktion gestempelten Antrag, ein Friedenspronunziamento des Reichstags herbeizuführen. Größte Sensation im Inland und Ausland. Allgemeiner Eindruck, daß Deutschland nicht mehr kämpfen will und kann, daß es am Zusammenbrechen ist!

7. Wirkung auf das Ausland: Ertötung der gerade damals heranreifenden Neigung der Westmächte zu Friedensverhandlungen. Diese Neigung bestand. Auf die sehr hochmütige Aufnahme, die noch im April Prinz Parma mit seinem Kaiserbrief fand — übrigens damals schon gegen ernstliche Bedenken von Lloyd George — folgte eine Reaktion. Der französische Ministerpräsident äußerte zu dem italienischen Botschafter in Paris, daß Frankreich der Erschöpfung entgegengehe; Lloyd George kam nach Paris und sprach seine größte Sorge über die Zuspitzung der englischen Ernährungslage aus. Von französischer Seite wurde eine neue Anknüpfung nicht nur zu Österreich-Ungarn gesucht, sondern auch wegen einer Aussprache mit einem bekannten deutschen Diplomaten sondiert. Herr Erzberger wird für das alles die Belege in den Akten des Auswärtigen Amtes finden. Wie Graf Wedel berichtet, waren Lloyd George und Ribot drauf und dran, nach Rom zu reisen, um über Friedensschritte zu sprechen. Da kam die Erzbergersche Bombe im Hauptausschuß. Und es kam mehr. Es kam die verbrecherische Indiskretion, mit der Herr Erzberger am 22. Juli vor dem Reichsausschuß der Zentrumspartei, also im größeren Kreis, zu seiner persönlichen Verteidigung den zur Zermürbung der Widerstandskraft des deutschen Kaisers gegen einen Abtretungsfrieden geschriebenen Czerninschen Geheimbericht preisgab. Der Bericht hat seinen Weg nach Paris gefunden, ist dort, im Zusammenhange mit der

Erzbergerschen Aktion, als bare Münze und als Anzeichen unseres nahe und sicher bevorstehenden Zusammenbruchs genommen worden. Die Wirkung war, daß die Friedensneigung bei unseren Feinden einer hochgestimmten Siegeszuversicht und einem entschlossenen Kriegswillen Platz machte. Lloyd George und Ribot konnten sich ihre Romreise sparen. Die vorher von Frankreich gesuchten Anknüpfungen kamen nicht zustande oder zerschlugen sich in der ersten kurzen Berührung. Die einzige ernsthafte Friedensmöglichkeit während des ganzen Krieges war durch Herrn Erzbergers unerhörtes Vorgehen zerschlagen.

8. Und nun der angebliche Friedensschritt Englands durch Vermittlung des päpstlichen Stuhles Ende August 1917! Zum Verständnis dessen, was damals in Rom und Berlin vorging, muß ich daran erinnern, daß die vom 1. August datierte Friedensnote des Papstes gegen Mitte August den kriegführenden Mächten überreicht worden ist; nicht nur Deutschland und seinen Bundesgenossen, sondern auch England und seinen Bundesgenossen.

Am 30. August hat dann der Münchener Nuntius dem Reichskanzler Abschrift eines Telegrammes geschickt, das die britische Regierung an ihren Gesandten beim päpstlichen Stuhl gesandt hatte.

Herr Erzberger stellt es dar, als ob dieses Telegramm, dessen Wortlaut er nicht mitgeteilt hat, ein aus der Initiative der englischen Regierung hervorgegangener Friedensschritt gewesen sei.

Ich frage Herrn Erzberger: War dieses Telegramm der britischen Regierung an ihren Gesandten beim päpstlichen Stuhl nicht vielmehr einfach eine Rückäußerung auf die päpstliche Friedensnote?

Herr Erzberger stellt es weiter so dar, als ob in diesem Telegramm die Wiederherstellung Belgiens und Garantien für seine Unabhängigkeit die einzige Voraussetzung gewesen wäre, von der England Friedensunterhandlungen abhängig gemacht habe.

Ich frage Herrn Erzberger: War nicht etwa in diesem Telegramm der ganze Wust der für ein unbesiegtes Volk unannehmbaren Friedens-

bedingungen aufrechterhalten, den die Entente in ihrer unverschämten Antwort vom 10. Januar 1917 an den Präsidenten Wilson zusammengefaßt hatte?

Ich kenne das Telegramm nicht. Weder Herr Michaelis noch Herr v. Kühlmann haben mich damals in dieses Geheimnis gezogen, vielleicht weil ich gerade in Urlaub war. Aber in unserer Antwort an Herrn Pacelli steht zu lesen:

„Wenn sich unsere heutigen Gegner darauf berufen, daß sie als Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson ihre Kriegsziele mitgeteilt hätten . . .“

Wie dem aber auch sei, nachdem Herr Pacelli im Auftrage des Kardinalstaatssekretärs auf Grund des Schrittes des britischen Gesandten beim Vatikan eine speziell auf Belgien bezügliche Anfrage an Deutschland gerichtet hatte, ist in Verbindung mit der Beantwortung der päpstlichen Friedensnote die belgische Frage in Berlin erneut aufgenommen worden. Am 9. September beriet die von Herrn Michaelis einberufene „Siebenerkommission“ des Reichstages über die Papstnote. Die belgische Frage spielte dabei die Hauptrolle. Am nächsten Tage, 11. September, fand im Schloß Bellevue unter dem Vorsitz des Kaisers ein Kronrat über die belgische Frage statt, zu dem ich telegraphisch aus Urlaub zurückgerufen worden war. Über den Verlauf dieses Kronrates möchte ich hier mitteilen, was ich schon vor Monaten, also gänzlich unbeeinflußt von der jetzigen Erzbergerschen Darstellung, für den dritten Band meiner Darstellung des Weltkrieges geschrieben habe und was schon seit Wochen im Satz steht:

„Der Reichskanzler und Herr v. Kühlmann machten geheimnisvolle Andeutungen über eine Friedensmöglichkeit, die sich neuerdings eröffnet habe, und zwar durch Mitteilungen eines von England beauftragten neutralen Vertreters. Voraussetzung für Friedensverhandlungen sei unser völliger und bedingungsloser Verzicht auf Belgien; sie befürworteten diesen Verzicht. Demgegenüber setzte sich der Chef des Admiralstabes dafür ein, daß jeder Friede uns die flandrische Küste bringen müsse. Die Herren von der Obersten Heeres-

leitung gaben zwar die flandrische Küste preis, General Ludendorff betonte jedoch die militärische Wichtigkeit einer Angliederung der Festung Lüttich und ihrer Umgegend. **Der Kaiser entschied schließlich im Sinne des Kanzlers.** Der Kronprinz, der in der Sitzung selbst nicht das Wort ergriff, sprach sich nach der Beratung mir gegenüber dahin aus, daß nach seiner Ansicht jede Möglichkeit, zu einem anständigen Frieden zu kommen, ergriffen werden müsse, und daß der Friede an keiner an sich noch so wichtigen Einzelforderung scheitern dürfe."

Kanzler und Staatssekretär des Auswärtigen hatten also hinsichtlich Belgiens vollkommen freie Hand. Ich persönlich, der angeblich im Bunde mit der Schwerindustrie die angebliche Friedensmöglichkeit durch ein Bestehen auf weitgehende Forderungen hinsichtlich Belgiens hintertrieben haben soll, habe mich ohne weiteres dem vom Kanzler und Auswärtigen Amt vertretenen und dann schließlich vom Kaiser gebilligten Standpunkt angeschlossen, daß keine belgische Frage ein Hindernis für eine ernstliche Friedensmöglichkeit bilden dürfe.

9. Bleibt die Frage: Warum hat der Nuntius erst am 24. September eine Antwort erhalten und warum hat die vom Reichskanzler Michaelis unterschriebene Antwortnote — wie Herr Erzberger es ausdeutet — „abgelehnt, eine Erklärung abzugeben"?

So wenig wie die Oberste Heeresleitung war ich über den konkreten Untergrund der angeblichen Friedensmöglichkeit unterrichtet worden; auch in der Kronratssitzung wurden über diesen Punkt keinerlei Aufklärungen gegeben. Auch reiste ich am Abend des Kronrats wieder nach meinem Landaufenthalt, da der Kanzler und Herr v. Kühlmann erklärten, meine Anwesenheit nicht zu benötigen. Hier müßten also, ehe sich irgend jemand ein abschließendes Urteil bilden kann, zunächst einmal die Herren Michaelis und v. Kühlmann gehört werden. Dann wird — wie ich jetzt schon glaube sagen zu können — das ganze Gebäude des Herrn Erzberger zusammenbrechen. Dann wird sich erweisen, daß weder alldeutsche, schwerindustrielle und militärische Einflüsse, noch der General-Südenbock, zu dem Herr Erzberger meine Person stempeln möchte, mit der-

Art der Behandlung der Antwort an den Münchener Nuntius auch nur das geringste zu tun haben.

Einstweilen aber sei an einen öffentlichen Austausch von Erklärungen erinnert, der zwischen der englischen und der deutschen Regierung im Dezember 1917 über diese Angelegenheit stattgefunden hat und der einige Fingerzeige gibt. Am 13. Dezember hat Balfour im Unterhause auf eine Anfrage geantwortet, die britische Regierung habe im September 1917 durch Vermittlung eines neutralen Diplomaten eine Mitteilung erhalten, „daß es der deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen". Die britische Regierung habe geantwortet, daß sie bereit sei, eine solche Mitteilung entgegenzunehmen, habe aber dann nichts mehr gehört. Dazu bemerkt das deutsche Auswärtige Amt: Die deutsche Regierung sei es, die Anfang September durch neutrale Vermittlung eine Anfrage über die deutschen Kriegsziele erhalten habe, und zwar in Formen, daß die deutsche Regierung das Vorwissen und Einverständnis der britischen Regierung mit dieser Anfrage habe annehmen müssen. Die deutsche Regierung sei grundsätzlich zur Beantwortung dieser Anfrage bereit gewesen. Der weitere Verlauf der Ereignisse habe indes der deutschen Regierung die Überzeugung aufgedrängt, daß auf seiten unserer Gegner nichts geschah, um die von deutscher Seite beabsichtigte „unmittelbare Beantwortung der Anfrage" zu ermöglichen. Darauf erklärte Lord Robert Cecil am 17. Dezember, die britische Regierung habe zwar wiederholt versucht, „durch Ministerreden Aufklärung über die deutschen Kriegsziele zu erlangen; niemals aber sei mit Wissen der britischen Regierung von dritter Seite eine solche Anfrage an Deutschland gerichtet worden."

Die Mitteilungen, die das britische Auswärtige Amt im September 1917 den Vertretern der verbündeten Mächte über einen deutschen Friedensschritt machte und die später von der Sowjetrgierung veröffentlicht worden sind, bestätigen, daß die britische Regierung ihrerseits keinen Friedensschritt veranlaßt hat, sondern unter dem Eindruck

einer durch neutrale Vermittlung unternommenen deutschen Friedensinitiative stand.

Allein schon daraus ergibt sich — ohne daß ich weiteren Feststellungen vorzugreifen brauche, daß die angebliche Friedensbereitschaft Englands im August-September 1917 nichts ist als eine Seifenblase, daß England gar nicht daran dachte, um den Preis der Wiederherstellung Belgiens Frieden zu machen, sondern auf dem Standpunkte der hochmütigen und siegessicheren Ablehnung eines Verständigungsfriedens beharrte, auf dem es sich im Laufe des Sommers wieder gestellt hatte. Die guten Absichten des Papstes, der offenbar den einen mit dem guten Willen des anderen versöhnlich zu stimmen suchte, kann daran nichts ändern.

Es bleibt dabei: Die einzige ernsthafte Friedensmöglichkeit während des ganzen Krieges bestand im Sommer 1917, und diese Friedensmöglichkeit hat Herr Erzberger zerstört. Dafür hat Herr Erzberger sich zu verantworten. Für sein Verhalten während des Waffenstillstandes und bei den Friedensverhandlungen ebenso. Und das Gebiet der Reinlichkeit wird auch nicht vergessen werden. Schlagen Sie Finten, soviel Sie wollen, Herr Erzberger! Ich bleibe Ihnen an der Klinge!

XVIII.

Erzbergers Volksbetrug.

(Helfferich in der „Kreuz-Zeitung“ vom 28. Juli.)

Die Veröffentlichung des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff, meine eigenen Feststellungen in der „Kreuz-Zeitung“ vom letzten Sonnabend, sowie meine weiter angestellten Nachforschungen gestatten ein in den großen Zügen vollständiges und unanfechtbares Urteil über den Erzbergerschen Vorstoß, obgleich der Wortlaut der Depesche der britischen Regierung an ihren Vertreter beim Vatikan, die das „englische Friedensangebot“ enthalten haben soll, immer noch nicht veröffentlicht ist und obgleich auch eine Äußerung des für die diplomatische Behandlung

der Angelegenheit sachlich in erster Linie verantwortlichen Herrn v. Kühlmann noch fehlt.

Ich kann heute im Zusammenhang folgendes feststellen:

1. Das Telegramm des Foreign Office, auf dessen Veröffentlichung im ungekürzten Text und in der Ursprache unter allen Umständen bestanden werden muß, war in der Tat nichts anderes als eine Stellungnahme des Foreign Office zu der Friedensnote, die der Papst am 1. August an alle kriegführenden Mächte gerichtet hatte. Das Telegramm war also kein Schritt aus der Initiative der englischen Regierung.

2. Der Inhalt des Telegramms war nichts weniger als ein Friedensangebot; er unterschied sich kaum von der unverschämten Antwort, die von den Ententemächten am 10. Januar 1917 auf die Friedensnote des Präsidenten Wilson erteilt worden war und die im deutschen Volk bei allen Parteien, sogar bei Herrn Erzberger, einhellige und entrüstete Ablehnung fand.

3. Der ernste Wille des Papstes, den Frieden herbeizuführen, hat diesen den kaum aussichtsvollen Versuch unternehmen lassen, durch eine Erkundung der deutschen Absichten über Belgien die Friedenssache vorwärts zu bringen.

4. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen haben den Brief des Nuntius, in dem die deutsche Regierung um eine Klarstellung ihrer Stellung zur belgischen Frage ersucht wurde, zum Anlaß genommen, in dem Kronrat vom 11. September eine Entscheidung des Kaisers herbeizuführen, die ihnen für die bedingungslose Wiederherstellung der belgischen territorialen Integrität und der vollen belgischen Souveränität für den Zweck der Einleitung und Durchführung von Friedensverhandlungen vollkommen freie Hand gab.

5. Reichskanzler und Staatssekretär, die zwar geneigt waren, an die — nicht vorhandene — englische Initiative auf Grund der Mitteilungen des Nuntius zu glauben, waren auf Grund des Wortlautes der Depesche der Foreign Office und anderer Wahrnehmungen skeptisch in bezug auf die

Ehrlichkeit des britischen Willens zu einem Verständigungsfrieden. Eine Nachprüfung dieses britischen Verständigungswillens erschien vor einer Festlegung unseres Verzichtes auf Belgien erforderlich. Diese Nachprüfung wurde aus den von Herrn Michaelis angegebenen Gründen, die teilweise in der Indiskretion des Herrn Erzberger lagen, auf einem anderen Weg als über den Vatikan versucht. Die für diesen Zweck gewählte neutrale Vertrauensperson wurde dahin informiert, daß Voraussetzung für Friedensverhandlungen sei: die Erhaltung unseres vorkriegerischen Besitzstandes einschließlich der Kolonien, die Abstandnahme von Kriegsentschädigungen und der Verzicht auf einen Wirtschaftskrieg nach dem Krieg; also das Programm der Julireſolution.

6. Die Nachprüfung der britischen Friedenswilligkeit und Verhandlungsbereitschaft hatte ein negatives Ergebnis.

Das Wesentliche dieses Sachverhalts, das Fehlen jeder britischen Initiative zu einem Friedensschritt und die gänzliche Abneigung Englands und seiner Verbündeten, mit Deutschland dessen Kriegsziele auch nur zu diskutieren, läßt sich nachkontrollieren an Hand der russischen Geheimdokumente. Über den vorliegenden Fall hat der russische Geschäftsträger in London an seine Regierung berichtet:

„Balfour berief heute die Vertreter der verbündeten Großmächte, Frankreich, Italien, Amerika, Japan und Rußland, und machte folgende streng vertrauliche Mitteilungen: Der spanische Minister erklärte dem großbritannischen Botschafter in Madrid, daß eine sehr hochstehende Persönlichkeit in Berlin den Wunsch ausgesprochen habe, mit England in Friedensverhandlungen einzutreten. Die großbritannnische Regierung ist nach dem Empfang dieser Meldung ihres Vertreters vor die Alternative gestellt worden, entweder die Erklärung Deutschlands unbeantwortet zu lassen oder aber mit möglichster Vorsicht zu antworten. Der erstere Weg würde der deutschen Regierung die Möglichkeit geben, die Weigerung Englands zur Festigung ihrer eigenen Stellung in Deutschland auszunützen und, was noch

wichtiger ist, die schon ohnehin reichlich verwerfliche Agitation in Rußland zu stärken in dem Sinne, daß England direkt die völlige Vernichtung Deutschlands wünsche und Rußland und die anderen Verbündeten mitziehe. Die großbritannische Regierung wird daher durch ihre Botschafter in Madrid folgende Antwort geben:

Die Regierung Seiner Majestät wäre bereit, eine Mitteilung entgegenzunehmen, welche die deutsche Regierung ihr über den Frieden abzugeben wünsche, und diese Mitteilung mit ihren Verbündeten zu beraten. . . .

Bei der Beratung dieser Frage sind wir zu dem einheitlichen Schluß gekommen, daß es das Bestreben Deutschlands ist, die Alliierten in eine Prüfung der Friedensbedingungen Deutschlands hineinzuziehen. Der jetzige Versuch Deutschlands bestätigt die in meinem Telegramm Nr. 761 ausgesprochenen Befürchtungen."

Dieser Bericht ergibt: Eine vermeintlich aus deutscher Initiative hervorgegangene Anfrage wegen der Möglichkeit von Friedensverhandlungen wird nur aus taktischen Rücksichten nicht einfach unbeantwortet gelassen: man will die deutsche Regierung durch eine solche Schroffheit nicht gegenüber dem eigenen Volke stärken und man will den russischen Bolschewisten nicht durch das offene Bekenntnis zur Vernichtung Deutschlands Wasser auf die Mühlen leiten. Darum eine Antwort, aber eine „möglichst vorsichtige"! Man erklärt nicht, daß man zu Verhandlungen bereit ist, sondern man will sich darauf beschränken, eine deutsche Mitteilung entgegenzunehmen und mit seinen Verbündeten zu beraten. Denn man will sich um keinen Preis in eine Prüfung der deutschen Friedensbedingungen „hineinziehen" lassen. Man ist eben entschlossen, die eigenen Friedensbedingungen Deutschland einfach aufzuerlegen. Niemand von den Vertretern der Alliierten hat sich danach gesorgt, wie man die vermeintliche deutsche Initiative behandeln müsse, um zum Frieden zu kommen; die einzige Sorge war, wie die deutsche Anfrage zu behandeln sei, um in einer für die Alliierten nicht geradezu kompromittierenden Form Friedensverhandlungen unmöglich zu machen! — Der spanische Minister des Auswärtigen scheint über die ablehnende Kälte des britischen Kabinetts so betroffen gewesen zu sein, daß

er die ihm erteilte Antwort überhaupt gar nicht erst nach Berlin weitergab. Wenigstens hat späterhin im Dezember 1917, als die Angelegenheit infolge der Veröffentlichung der russischen Geheimdokumente öffentlich erörtert wurde, das deutsche Auswärtige Amt erklärt, daß es von der Bereitwilligkeit der britischen Regierung, überhaupt eine Mitteilung der deutschen Regierung entgegenzunehmen, erst durch die Erklärung Balfours im Unterhaus Kenntnis bekommen habe.

Und die britische Regierung, die eine vermeintliche Friedensinitiative der deutschen Regierung mit dieser ablehnenden Kälte aufnahm, soll wenige Wochen zuvor ihrerseits einen Friedensschritt bei Deutschland durch Vermittlung des Papstes unternommen haben? Soll außerdem ihren Alliierten bei der Beratung über die vermeintliche deutsche Friedensinitiative von diesem ihren eigenen Schritt, der nach Erzberger zudem in Übereinstimmung mit Frankreich unternommen worden sein soll, nicht ein Sterbenswörtchen gesagt haben? — Da glaube ich doch lieber Herrn Balfour, der erklärte, niemals habe sich die britische Regierung durch dritte Vermittlung in der Friedensfrage an Deutschland gewendet, als Herrn Erzberger, der jetzt plötzlich, wo ihm das Wasser bis an die Ohren gestiegen ist, die für ihn entlastende Entdeckung macht, die Reichsregierung habe im September 1917 das Verbrechen begangen, einen englischen Friedensversuch abzulehnen.

Aber ist denn diese Behauptung des Herrn Erzberger nicht die stärkste Selbstbezichtigung? — Wir wissen durch Herrn Michaelis, daß Herr Erzberger das Schreiben des Nuntius Pacelli an den Reichskanzler bereits kannte, ehe es seinen Adressaten erreichte. Und wir wissen durch Herrn Erzberger selbst, daß er auch die Antwort des Reichskanzlers an den Nuntius erfuhr, wenn er nicht etwa auch diese bereits avant la lettre gekannt hat:

„Ende September war ich in München. Ich kannte den Nuntius seit längerem als persönlichen Freund. Er kam mir mit Tränen entgegen: Die armen Völker! Damit war der von England über den Heiligen Stuhl eingeleitete Versuch erledigt.“

So Herr Erzberger! Und dieser Herr Erzberger, der heute Sturm läutet, ging damals friedlich nach Hause. Dieser Herr Erzberger, der sonst von In-

diskretionen überfließt, der die geheimsten Immediatberichte in Parteiversammlungen vorliest, verschloß das Verbrechen, das er im Werden beobachtete, in den tiefsten Tiefen seines Herzens, um es nach zwei Jahren hervorzuholen, gerade in dem Augenblick, als die verhängnisvollen Folgen seiner entsetzlichen Fuhrwerkerei vom Sommer 1917 allen Augen offenbar werden! Wenn Herr Erzberger als eine der ganz wenigen Personen, die — im Gegensatz zu den meisten Staatssekretären und zu der Obersten Heeresleitung — den Schriftwechsel Pacelli-Michaelis damals schon kannte und in ihm das Verbrechen der Vereitelung eines ernstlichen britischen Friedensversuches sah, warum hat dann der mächtige Abgeordnete sich eine seinem Wesen gänzlich fremde Zurückhaltung auferlegt? Warum hat er nicht eingegriffen, um das Unheil zu verhüten oder wiedergutzumachen? Warum hat er nach wie vor seine schützende Hand über den materiell für die Behandlung des Pacelli-Briefes verantwortlichen Staatssekretär v. Kühlmann gehalten?

Wenn aber Herr Erzberger, der damals wußte und schwieg, heute den Briefwechsel Pacelli-Michaelis zu dem ungeheuren Verbrechen einer vereitelten Friedensmöglichkeit aufbauscht, wenn er gegen besseres Wissen — entgegen der vom Kaiser getroffenen Entscheidung und der dem neutralen Vertrauensmann gegebenen Information behauptet, die Friedensmöglichkeit sei an militärischen und schwerindustriellen Forderungen in bezug auf Belgien gescheitert, wenn er mit dieser Behauptung aufs neue eine ungeheure Erregung in das deutsche Volk hineinträgt, um Scheiterhaufen für seine politischen Gegner aufzuschichten und seine eigene kompromittierte Person unbemerkt in Sicherheit zu bringen, — so ist das nichts als ein gewissenloser und niederträchtiger Volksbetrug von einer vorbildlosen Dreistigkeit, ein Volksbetrug, der dem bisherigen unverantwortlichen Treiben des Reichsverderbers die Krone aufsetzt.

Mag die schwarzrote Mehrheit ihren Erzberger an den Mauern anschlagen! Der Tag der Wahrheit kommt doch!

XIX.

Erzberger contra Erzberger.

(„Berliner Lokal-Anzeiger" vom 28. Juli.)

Am erfolgreichsten kann die Geschichte durch Urkunden gefälscht werden, die, aus ihrem Zusammenhang gerissen, in falschem Licht erscheinen. Das wird durch die Vorgänge, die sich am Freitag in Weimar abgespielt haben, in geradezu klassischer Weise bestätigt, denn die Nationalversammlung ließ sich durch solche aus dem Zusammenhang gerissenen Urkunden zu Entrüstungsstürmen fortreißen, die unmöglich gewesen wären, wenn der geschichtliche Zusammenhang, in den diese Urkunden gehören, den mit ungewöhnlich schlechtem Gedächtnis ausgestatteten Volksvertretern zum Bewußtsein gekommen wäre.

Wir wollen, wie wir schon ausgesprochen haben, die Antwort des Herrn Dr. Michaelis auf das Schreiben des päpstlichen Nuntius nicht verteidigen. Wir können aber auch diese Antwort nicht verurteilen, solange nicht das Kernstück der Erzbergerschen Beweisführung, der Wortlaut des englischen Telegramms, bekannt ist. Wir können das um so weniger angesichts der Äußerungen der englischen und französischen Presse, die in die Zeit zwischen dem 30. August und dem 24. September 1917 fallen, und der Reden, die von englischen und französischen Ministern in diesen Wochen gehalten wurden. Denn wenn man diese Äußerungen nachliest, so wird man zugeben müssen, daß kein vernünftiger Mensch an die Aufrichtigkeit des englischen Friedensangebotes glauben konnte; dafür nur einige Beispiele. Die Times schrieben am 20. September, also vor der Ablehnung der Note vom 30. August und vor der Überreichung der am 19. September an den Papst gerichteten offiziellen Note:

„Die letzten deutschen Friedensmanöver und die Andeutung, daß Deutschland vielleicht geneigt sein würde, seine Ansprüche auf Belgien aufzugeben, werden in maßgebenden politischen Kreisen als Beweis für die wachsende Überzeugung unter den Deutschen angesehen, daß der Krieg verloren sei und daß Deutschland alle seine Anstrengungen darauf richten müsse, einen möglichst günstigen Frieden zu er-

langen. Die falschen Nachrichten über britische Friedensvorschläge, die in Deutschland veröffentlicht worden sind, und die daran anschließenden Erörterungen in deutschen Blättern dienen einem doppelten Zweck: erstens dem, die öffentliche Meinung in Deutschland auf eine Herabsetzung der deutschen Ansprüche vorzubereiten, und zweitens die pazifistische Propaganda in den alliierten Ländern zu stärken. Diese Manöver sind als Zeichen von Kriegsmüdigkeit des Feindes anzusehen. Aber alle Versuche, die Alliierten von der Verfolgung ihrer Ziele (das waren die Ziele, die im Januar in der Note an Wilson ausgesprochen waren, also im wesentlichen die Ziele des Friedens von Versailles) abzubringen, sind mißglückt."

Und die Daily Mail schrieb am selben Tage:

„Wenn Deutschland wirklich den Frieden will, muß es Belgien, Nordafrika, Elsaß-Lothringen, Polen, Serbien, Rumänien, Montenegro und das Trentino räumen, für den in diesen Ländern angerichteten Schaden und für das gestohlene Privateigentum Schadenersatz zahlen, und die Personen, die Schuld an dem schrecklichen Verbrechen dieser bewaffneten Macht tragen, bestrafen. Solange die Deutschen diese Bedingungen nicht erfüllen, gibt es nur einen Ausweg, nämlich immer nur neue Schläge auf sie herabregnen zu lassen."

In Frankreich aber erklärte Painlevé, der nach dem Sturz des Ministeriums Ribot am 17. September Ministerpräsident geworden war, die Desannexion von Elsaß-Lothringen für ganz unerläßlich und Ribot, der als Minister des Äußeren wieder in sein Ministerium eingetreten war, sagte:

„Wenn wir vor der Welt die Rückgabe von Elsaß-Lothringen fordern, so sind wir Vorkämpfer des verletzten Rechts und fordern vor der Welt die unentbehrliche Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden. Wenn man uns diese Forderung nicht gewährt, gewährt man uns nichts."

Wenn also, wie Herr Erzberger behauptet, in dem an den Papst gerichteten englischen Telegramm wirklich unter Zustimmung Frankreichs **lediglich** das Zugeständnis des Verzichts auf Belgien von Deutschland verlangt wurde, so mußte das Orchester der feindlichen Kundgebung, das diesen Friedensfühler

begleitete, den Glauben an seine Aufrichtigkeit erschüttern, und diese Überzeugung mußte noch verstärkt werden durch den Ton und den Inhalt der Note, mit der der Präsident Wilson am 31. August das Angebot des Papstes vom 2. August beantwortete. Denn in dieser Note lehnt er es bekanntlich ab, mit der damaligen deutschen Regierung überhaupt über den Frieden zu verhandeln.

Wir geben aber zu, daß trotz alledem der Versuch hätte gemacht werden müssen, durch den Papst mit der englischen Regierung Fühlung zu gewinnen, so schwach auch die Aussicht auf das Zustandekommen eines Friedens war. Nur einer hat kein Recht, der Regierung des Dr. Michaelis einen Vorwurf aus der ablehnenden Antwort vom 24. September 1917 zu machen, und dieser Eine ist der Reichsfinanzminister Erzberger, und zwar aus folgenden Gründen:

Am 28. September 1917 erklärte zur Rechtfertigung der am 19. September ergangenen Antwort der deutschen Regierung auf das Ermittelungsangebot des Papstes, die in der feindlichen Presse und von den Unabhängigen angegriffen worden war, weil sie sich nur in allgemeinen Ausdrücken bewegte, im Hauptausschuß des Reichstages der Reichskanzler Dr. Michaelis wörtlich folgendes:

„Ich muß den Standpunkt der Reichsleitung klar feststellen, von dem wir uns nicht abdrängen lassen werden, daß ich es zur Zeit ablehnen muß, unsere Kriegsziele zu präzisieren und unsere Unterhändler festzulegen.“

Er sagte ferner im Laufe der Erörterungen über seine und des Herrn von Kühlmann programmatische Rede in derselben Sitzung:

„Im übrigen habe ich folgendes zu erklären: Die in den letzten Wochen lebhaft erörterte Nachricht, daß die Reichsleitung bereits mit dieser oder jener feindlichen Regierung in Verbindung getreten ist, und daß hierbei nach einer — wie ich höre — weit verbreiteten Auffassung die deutsche Reichsleitung von vornherein besetzte Gebiete und somit die wertvollsten Verhandlungsvorteile für die kommenden Friedenserörterungen preisgegeben haben sollte, ist unzutreffend. Ich

stelle fest, die Reichsleitung hat für mögliche Friedensverhandlungen freie Hand. Das gilt auch für Belgien."

Herr von Kühlmann aber sagte in seiner Besprechung der Antwort der Note an den Kardinal-Staatssekretär fast dasselbe, was Dr. Michaelis in der von Erzberger jetzt bekanntgegebenen Note an Pacelli geschrieben hatte, daß nämlich der tiefste Grundgedanke der deutschen Note sei, dem heiligen Vater behilflich zu sein, diejenige Atmosphäre zu schaffen, welche überhaupt für eine fruchtbare Besprechung der zahlreichen, die Völker trennenden Streitfragen unbedingt nötig sei.

Unter den Abgeordneten, die diese Worte hörten, gab es nur einen einzigen, der Kenntnis von dem englischen Angebot hatte. Dieser eine war sogar, wie wir aus der gestrigen Erklärung des Dr. Michaelis wissen, früher als die Regierung selbst über dieses Angebot unterrichtet worden. Dieser eine war der Abgeordnete Erzberger. Wer seine Rede vom letzten Freitag gelesen oder gehört hat, muß annehmen, daß er in jener Sitzung vom 28. September von der heftigsten Entrüstung über die Reden Kühlmanns und des Reichskanzlers hätte ergriffen werden müssen. Was aber erklärte Herr Erzberger nach dem amtlichen Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses in der Erörterung über diese Reden? Er beantwortete die Vorwürfe eines unabhängigen Sozialdemokraten, der gegen die Regierung ähnliche Anklagen erhob, wie der Reichsfinanzminister Erzberger sie am Freitag in Weimar erhoben hat, mit folgenden Worten:

„Ich würde es für falsch halten, wenn durch eine weitere Erklärung der Regierung zur Friedensfrage ein Schatten in das völlig klare Bild hineingebracht würde. Die Stellungnahme der Regierung ist vollkommen klar und ganz einig mit der Mehrheit des Reichstages. Die erfreuliche Erklärung des Staatssekretärs zeigt deutlich, daß die Regierung eine andere Politik als die des Reichstages nicht haben will. Eine Rückwärtsredigierung (im Sinne der Unabhängigen) würde die Unglaubwürdigkeit und Unzuverlässigkeit der Reichsleitung in einer Weise dartun, daß ein ferneres Verhandeln mit ihr unmöglich wäre. Die Antwortnote, der man zum Vorwurf gemacht hatte, daß in ihr von Belgien nicht die Rede war, enthält alles. Wer

sie nicht versteht, dem fehlt das Abc der Politik. Nach dieser Klarstellung stellen wir uns gern hinter die Regierung und überlassen ihr die Führung in den Einzelheiten!"

Und dieser Mann, der auf Grund der Erklärung, daß die Regierung sich die Hände auch in der belgischen Frage nicht binden lassen wolle, sich hinter sie stellt und ihre Einigkeit mit dem Reichstage feststellt, der nur Worte des Lobes für die Minister fand, die begründet hatten, weshalb sie sich auf bestimmte Kriegsziele nicht festlegen wollten, dieser Mann, der am 28. September 1917 kein Wort des Tadels fand, obwohl er unter allen, die der Sitzung des Hauptausschusses beiwohnten, der einzige war, der von der selbst dem Kronrat und dem Siebenerausschuß verheimlichten Anfrage Englands Kenntnis hatte, hat die Stirn, in der Nationalversammlung, in der noch viele Abgeordnete sitzen, in dem Hauptausschuß angehört haben, unter den wildesten Anklagen für „tragisch, entsetzlich und verbrecherisch" zu erklären, was er vor zwei Jahren als der einzige Abgeordnete, der volle Sachkenntnis besaß, für klar, für lobenswert, für richtig gehalten hat. Aus der Sitzung des Hauptausschusses ist er dann sofort nach München gefahren und hat, nachdem er Michaelis und Kühlmann sein Vertrauen ausgesprochen hatte, mit dem Nuntius Pacelli die Völker beweint, die so verbrecherischem Unverstand geopfert wurden. Wenn die Anklagen des Reichsfinanzministers Erzberger, wie das Berliner Tageblatt und der Vorwärts verlangen, zu einem Prozeß gegen Dr. Michaelis und Kühlmann vor dem Staatsgerichtshof führen sollten, so muß der Abgeordnete Erzberger mit ihnen auf der Anklagebank erscheinen.

Und nun lasse die Nationalversammlung seine Rede in ganz Deutschland anschlagen. Sie wird dann das Beweismaterial für seine Mitschuld dem ganzen deutschen Volk in Hirne und Herzen hämmern.

XX.

Enthüllungen.

Wien, 27. Juli. Der Korrespondenz Wilhelm ist vom **Grafen Czernin** folgendes Telegramm zugegangen:

Grundlsee, 27. Juli, nachm. um 4 Uhr 10 Min.

Um zahlreichen Anfragen der Presse nachzukommen, bitte ich um Veröffentlichung folgender Zeilen: Soweit ich aus den Auszügen der Presse beurteilen kann, gibt die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorgänge. Viele ungemein wichtige Vorfälle sind gar nicht erwähnt, und dadurch entsteht ein falsches Gesamtbild. Was meinen von Erzberger erwähnten Bericht vom April 1917 anbelangt, in welchem ich für eine Beendigung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte riet, so war dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die begründete Hoffnung, zu einem Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern, zu gelangen. Von einer nichtverantwortlichen Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken Herrn Erzberger übergeben, welcher denselben nicht geheim hielt. Ich muß aber ausdrücklich konstatieren, daß Erzberger bona fide vorging und der begründeten Überzeugung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln, als er die streng geheimen Tatsachen preisgab. Der Inhalt des Berichtes kam durch das Vorgehen Erzbergers zur Kenntnis unserer Gegner. Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von den Folgen machen. Die Darstellung des Grafen Wedel ist daher, soweit sie mir bekannt ist, vollständig richtig. Im übrigen könnte ich meine Darstellung, wie vieles andere gar nicht Erwähnte, durch Dokumente beweisen, welche in meinem Besitze sind. Ich erfuhr von der Uebergabe meines Berichtes an Erzberger erst, als es zu spät war. Die vom Grafen Wedel mit Erzberger jetzt besprochenen Tatsachen sind aber nur Glieder einer ganzen Kette unverantwortlicher Nebenpolitik, deren Gänge ich erst ein Jahr später entdeckte, und welche meine Demission veranlaßten. Meine demnächst über den Weltkrieg erscheinendes

Buch wird, soweit ich es für geboten halte, Klarheit über diese politischen Vorgänge bringen und, gestützt auf Dokumente, die Wahrheit beweisen.

Hamburg, 28. Juli. Der bisherige deutsche Botschafter in Wien, **Graf Wedel**, sandte den „Hamburger Nachrichten" folgende Mitteilung:

„Herr Erzberger hat in Weimar bestritten, daß Graf Czerin ihn veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um ihm Rechenschaft über die Verwertung seines Berichtes zu geben. In einem in meinem Besitze befindlichen Briefe des Grafen Czernin heißt es wörtlich: „Erzberger hat seinerzeit Kenntnis von meinem Bericht erhalten und die schwerste Indiskretion begangen. Er kam nach Wien, von mir zitiert, um mir Rechenschaft über sein Vorgehen abzulegen. Er war damals ganz vernichtet und sah seinen kolossalen Fehler ein." Es bestehen über diesen Vorgang nicht nur die Briefe Hohenlohes, sondern auch andere beweiskräftige Dokumente, das sollte Erzberger bedenken. Staatssekretär Kühlmann weiß auch die Wahrheit.

XXI.

Die Wahrheit marschiert!

(Helfferich in der „Kreuz-Zeitung" vom 24. Juli.)

Die Wahrheit marschiert und schließt um Herrn Erzberger ihren eisernen Ring. Mein Vorgehen gegen den Reichsverderber, das ich — nachdem er die bedingungslose Annahme des Schandfriedens erzwungen hatte — am 26. Juni mit einer Rede im Auditorium Maximum der Berliner Universität und mit meinem Artikel „Die Julirefolution, der Anfang des moralischen Zusammenbruches" in der „Kreuz-Zeitung" vom 1. Juli einleitete, hat Herrn Erzberger auf eines der verhängnisvollsten seiner Verbrechen am deutschen Volke gestellt. Seine Versuche, sich mit Unwahrheiten herauszuwinden, haben andere Männer auf den Plan gerufen, die sich verpflichtet hielten, der Wahrheit die Ehre zu geben, vor allem den bisherigen Botschafter in Wien, Grafen Botho Wedel, und jetzt den früheren Leiter der österreichisch-ungarischen Politik, Grafen Ottokar Czernin.

Die Bekundung des letzteren hat die „Kreuz-Zeitung“ gestern abend veröffentlicht. Sie dürfte den Fall Erzberger entscheiden.

Jetzt schon läßt sich feststellen: Die verzweifelte Entlastungsoffensive, die Herr Erzberger am Freitag in der Nationalversammlung versucht hat und die von seinen Getreuen als großer Sieg bejubelt und beklatscht worden ist, hat ein klägliches Ende genommen. Die angeblich von militaristischer und schwerindustrieller Seite vereitelte Friedensmöglichkeit vom Spätsommer 1917 ist als Humbug und Betrug erwiesen. Der Kampf kehrt zu seinem Ausgangspunkt zurück: zu der wirklich vereitelten und von Herrn Erzberger vereitelten Friedensmöglichkeit im Frühsommer 1917.

Die Aussage des Grafen Czernin geht dahin, daß Erzberger seinen nur für die beiden Kaiser und den deutschen Reichskanzler bestimmten Immediatbericht vom April 1917 hinter dem Rücken und ohne Wissen des Grafen von einer „nichtverantwortlichen Seite“ erhalten hat, daß Herr Erzberger den Bericht „nicht geheim hielt“ und daß durch das Vorgehen des Herrn Erzberger der Inhalt des Berichts zur Kenntnis unserer Feinde kam. Die „nicht verantwortliche Seite“ war der Kaiser Karl selbst, der wenige Wochen zuvor an seinen Schwager, den Prinzen von Parma, gleichfalls hinter dem Rücken seines Außenministers, jenen unverantwortlichen und verräterischen Brief geschrieben hatte. Herr Erzberger machte also mit dem Kaiser Karl und seiner Gemahlin aus dem Hause Bourbon-Parma hinter dem Rücken der verantwortlichen Männer in Oesterreich-Ungarn und in Deutschland, wie ich vorgestern hier schon feststellte, habsburgische Politik. „Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von den Folgen machen“, sagt ebenso schonend wie vielbedeutend Graf Czernin. Die Folgen der Erzbergerschen Geschäftigkeit und Indiskretion „im Sinne seiner Auftraggeber,“ wie Graf Czernin bezeichnend sagt, waren verhängnisvoll: die Zerstörung der wohl einzigen und jedenfalls ernsthaften Friedensmöglichkeit, der unglückliche Ausgang des Krieges, der Erzbergerfriede.

Um die Wahrheit ans Licht zu bringen, habe ich meinen Kampf gegen den Reichsverderber Erzberger mit einer Schärfe geführt, die mir sonst widerstrebt, lediglich zu dem Zweck, ein gerichtliches Verfahren gegen mich zu erzwingen und in diesem

Verfahren durch eidliche Bekundung den Tatbestand in unanfechtbarer Weise festzustellen. Herr Erzberger ist dem gerichtlichen Verfahren ausgewichen. Er versteht es, zu leiden, ohne zu klagen! Jetzt ist die Sache weiter gediehen. Die Aussagen des Grafen Czernin und des Grafen Wedel ergeben den Tatbestand des Landesverrates. Oberreichsanwalt und Reichsgericht haben Anlaß, sich ernstlich mit dem Fall Erzberger zu befassen. Jedenfalls aber muß der Staatsgerichtshof, dessen Errichtung die schwarz-rote Mehrheit mit so viel Eifer betreibt, sich alsbald mit diesem Fall beschäftigen. Ich werde das Meinige tun, um dies zu erzwingen, indem ich wegen der in der Oeffentlichkeit gegen mich erhobenen Anschuldigungen alsbald nach Errichtung des Staatsgerichtshofs ein Verfahren beantragen werde.

Inzwischen aber bringt uns jeder Tag Erzberger-Wirtschaft moralisch, politisch und wirtschaftlich weiter in den Sumpf. Der Mann mit der ehernen Stirn scheint gesonnen zu sein, ungeachtet der sich gegen ihn häufenden schweren Anklagen auf dem Sitze des Reichsfinanzministers und stellvertretenden Reichsministerpräsidenten mit zufriedenem Lächeln weiter zu thronen. Und seine gefügige Mehrheit wird vielleicht trotz alledem den Maueranschlag seiner „glänzenden Rede" beschließen.

Aber die Herren sollen sich nicht täuschen! Schon tönt von allen Seiten die Frage, die zum Orkan anschwellen wird: Quousque tandem, Catalina —?

XXII.

Pyrrhussieg.

(Helfferich in der „Kreuz-Zeitung" vom 30. Juli.)

Die schwarz-rote Mehrheit der Nationalversammlung hat dem Kabinett Bauer-Erzberger ihr Vertrauen votiert. „Vorwärts" und „Germania" rufen Viktoria! Die Reden der Herren Erzberger, Bauer und Müller sollen auf Kosten des Reiches im deutschen Volke verbreitet werden. Der Volksbetrug, der von Herrn Erzberger mit seiner angeblichen „Enthüllung" über die angebliche Vereitelung der angeblich auf einem englischen Friedensangebot beruhenden angeblichen Friedens-

möglichkeit vom August-September 1917 in Szene gesetzt worden ist, wird also von der Regierung und ihrer Mehrheit sanktioniert und mit dem Gelde der Steuerzahler propagiert. Auch Geld und Druckpapier macht Lüge nicht zur Wahrheit. Ich weiß mich einig mit allen, denen die Gesundung unseres Volkes und unserer staatlichen Verhältnisse am Herzen liegt, wenn ich erkläre, daß der Kampf für die Wahrheit und gegen die Lügen, die den moralischen Zusammenbruch verschuldet haben und jetzt der moralischen Wiedergeburt im Wege stehen, ungeschwächt weitergeführt werden wird. Am allerwenigsten werde ich mich bei der Weiterführung dieses Kampfes durch niedrige Drohungen abschrecken lassen. Herr Erzberger hat sich unterstanden, gestern in der Nationalversammlung zu sagen:

„Um so schärfer der Angriff, desto schärfer die Abwehr. Dann werden Sie sich auch nicht beklagen dürfen, daß einzelne Menschen in Deutschland in unangenehme Situationen kommen. Sie könnten etwa auf die Auslieferungsliste gestellt werden. Wenn man jetzt mit Publikationen vorgeht, dann könnte einzelnen das Mißgeschick passieren, auf die Liste gesetzt zu werden."

Es genügt mir, diese Gemeinheit niedriger zu hängen. Irre machen lasse ich mich auch durch derartige erpresserische Bedrohungen nicht.

Deshalb werde ich, unbeirrt durch Erzbergers Wink mit der Auslieferungsliste, zunächst in aller Kürze das sachliche Ergebnis der Weimarer Debatte zusammenfassen.

Der Erzbergersche Gegenangriff, mit dem er die gegen ihn vorliegenden schweren Anschuldigungen glaubte vergessen machen zu können, ist zusammengebrochen mit der Veröffentlichung des Kernstückes seiner Dokumente, des Telegramms des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan.

Als Inhalt dieser Depesche hatte Erzberger am 25. Juli verkündet: „Ein Angebot Englands, dem die französische Regierung sich angeschlossen hat, die kaiserliche Regierung möge sich über die Unabhängigkeit Belgiens erklären und Garantie für politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit des Landes geben." Er fügte in einem Atem hinzu, so daß der Hörer annehmen mußte, auch das stehe in dem englischen Telegramm: „Eine versöhn-

liche Antwort würde den guten Fortgang der Friedensverhandlungen erleichtern." Ja, er sagte weiter: „Es wurde lediglich eine präzise Aufklärung über Belgien verlangt."

Hält man dem den Text der englischen Depesche gegenüber, dann überkommt selbst den Kenner Erzbergerscher Wahrheitsliebe ein basses Staunen. Nicht ein Wort bleibt bestehen! Die englische Depesche war nicht nur kein Friedensangebot, sondern nicht einmal eine Friedensanfrage. Sie war nichts als die Ablehnung einer materiellen Beantwortung der Friedensnote des Papstes, verbunden mit dem schlauen Versuch, die Schuld an dieser Ablehnung auf die Zentralmächte zu schieben. So war die Erklärung der Aufrechterhaltung der Antwort der Ententemächte vom 10. Januar 1917 auf den Friedensschritt des Päsidenten Wilson, in der Verhandlungen mit den Zentralmächten von gleich zu gleich höhnisch abgelehnt, Deutschlands Schuld am Kriege zur Grundlage des Friedens gemacht und Kriegsziele proklamiert worden waren, die dem Erzbergerfrieden so ähnlich sehen wie ein Ei dem andern. Und das wagt Herr Erzberger ein „Friedensangebot" zu nennen, das durch die Schuld des von den Militärs und der Schwerindustrie beeinflußten Reichskanzlers Michaelis versäumt und unwirksam gemacht worden sei!

Wenn der Reichsminister des Auswärtigen Herr Müller wirklich geglaubt haben sollte, daß er am 28. Juli den Text der englischen Depesche verlesen könne, ohne damit das ganze Lügengebäude des Herrn Erzberger vom 25. Juli zu zertrümmern, so müßte er ein starkes Vertrauen darauf haben, daß die Anhänger des schwarz-roten Regierungsblockes in der Nationalversammlung und im Lande ein Gedächtnis haben, das nicht auf drei Tage vorhält. In dieser Spekulation hat sich die Reichsregierung, die ja ihre Anhänger kennen muß, anscheinend nicht getäuscht.

Trotzdem hielt es das Reichskabinett für angebracht, dem aufklärenden Eindruck der englischen Depesche, die unmöglich länger zurückgehalten werden konnte, durch neue Ablenkungs- und Verdunkelungsversuche entgegenzuwirken. Deshalb mußte der Reichsministerpräsident Bauer als neue „Enthüllung" den Schriftwechsel Michaelis-Hindenburg verlesen.

Auf diesen Schriftwechsel kommt es für die Beurteilung der Frage, ob im August-September 1917 die von Herrn Erzberger zu seiner persönlichen Rettung zwei Jahre hinterher entdeckte Friedensmöglichkeit vorlag und ob die damalige Regierung das ihrige getan hat, um auch nur der Möglichkeit einer Friedensmöglichkeit mit dem gebotenen Ernste nachzugehen, in keiner Weise an. Wer die schweren Konflikte kennt, die in jedem Kriege aus der Natur der Sache und der Verschiedenartigkeit der Aufgaben heraus zwischen der politischen und militärischen Leitung entstehen müssen, der wird manches begreifen, was Herr Erzberger nicht begreifen will; er wird auch den — mir bisher übrigens nicht bekannten — Schriftwechsel Michaelis-Hindenburg, der geführt wurde, nachdem in der Sache Herr Michaelis und Herr v. Kühlmann ihre Vorschläge gegen die Oberste Heeresleitung im Kronrat vom 11. September durchgesetzt hatten, mit einigem Verständnis zu würdigen wissen.

Worauf es für die Beurteilung des Verhaltens der damaligen Politik einzig und allein ankommt, ist:

1. Die Entscheidung des Kaisers im Kronrat vom 11. September 1917, und diese ist klipp und klar gegen das Votum der Obersten Heeresleitung dahin ausgefallen, daß die Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens zugestanden werden müsse, wenn es mit diesem Zugeständnis möglich sein würde, zum Frieden zu kommen.

2. Die Instruktion, die der Staatssekretär v. Kühlmann seinem mit der Sondierung des britischen Kabinetts beauftragten spanischen Vertrauensmann gegeben hat. Ich zweifle nicht einen Augenblick daran, daß diese Instruktion, wie von Herrn Michaelis veröffentlicht, dahin lautete: Voraussetzung für Friedensverhandlungen ist die Erhaltung unseres Besitzstandes vor dem Kriege einschließlich der Kolonien, die Abstandnahme von Entschädigungen und der Verzicht auf den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege. — Ein Versuch, diese Instruktion zu bestreiten, ist weder von Erzberger, noch von Herrn Bauer, noch von Herrn Müller unternommen worden.

Die in dieser Instruktion enthaltene Stellungnahme der ehemaligen Reichsleitung deckt sich übrigens vollkommen mit der

Auffassung, die auch späterhin von dem Grafen Hertling und Herrn v. Kühlmann mit Zustimmung der regierenden Reichstagsmehrheit unter Führung des Herrn Erzberger vertreten worden ist. Am 24. Januar 1918 hat Graf Hertling im Reichstag ausgeführt, solange unsere Gegner nicht die Integrität unseres Gebietes als die einzig mögliche Grundlage von Friedensverhandlungen anerkennen, müsse er eine Vorwegnahme der belgischen Frage aus der Gesamtdiskussion ablehnen. Und noch am 24. Juni 1918 hat Herr v. Kühlmann im Reichstag erklärt, die Unversehrtheit des Grundgebietes des Deutschen Reiches sei nach wie vor eine notwendige Voraussetzung für die Aufnahme irgendwelcher Friedensgespräche; der englische Vorwurf, daß wir nicht bereit seien, in der belgischen Frage öffentlich Stellung zu nehmen, sei unberechtigt; wir betrachteten Belgien als eine der Fragen in dem Gesamtkomplex und müßten es ablehnen, in der belgischen Frage „sozusagen als Vorleistung" Erklärungen abzugeben, die uns binden würden, ohne die Gegner auch nur im geringsten festzulegen.

Wenn im September 1917 trotz der dem spanischen Vermittler gegebenen Instruktionen Friedensverhandlungen nicht zustande gekommen sind, so lag das nicht an Michaelis und Hindenburg, nicht an Kühlmann und Ludendorff, sondern einzig allein an unsern Gegnern, namentlich an England, das keine Friedensverhandlung, sondern nur einen Diktatfrieden wollte.

Und wenn England mit seinen Verbündeten damals sicher zu sein glaubte, auf einem Diktatfrieden bestehen zu können, so lag das in erster Linie an Herrn Erzberger, der im Frühsommer 1917 „im Sinne seiner Auftraggeber", des Kaisers Karl und der Familie Bourbon-Parma, Politik auf eigene Faust gemacht, damit die damals heranreifende Friedensmöglichkeit zerstört und unsere Gegner in der Ueberzeugung von dem nahe bevorstehenden Zusammenbruch der Zentralmächte bestärkt hatte.

Zu der Zeit, als nach der Erzbergerlegende der Frieden um den Preis von Belgien zu haben war, erklärte der französische

Außenminister Ribot in der französischen Kammer (18. September): „Frankreich verlangt die Rückgabe Elsaß-Lothringens, Wiedergutmachungen, Entschädigung und Garantien.“ Wenige Tage später erklärt Herr Asquith in Leeds: „Elsaß-Lothringen muß wieder zu Frankreich kommen, Belgien und Serbien müssen wieder hergestellt, die Ansprüche Rumäniens und Italiens müssen erfüllt werden.“

Wenn man aus dem großen Komplex von Fragen eine herausschälen will, die in einem besonderen Maße ein Friedenshindernis bildete, so war es nicht Belgien — unsere Gegner wußten, daß wir in diesem Punkte zur Nachgiebigkeit bereit waren —, sondern viel eher Elsaß-Lothringen. Und wenn Herr Erzberger und seine Leute wissen wollen, seit wann Elsaß-Lothringen als Friedenshindernis unübersteigbar geworden war, so ist die Antwort: Seitdem sich England öffentlich und in aller Form mit dieser französischen Forderung solidarisch erklärt hatte. Das ist, soweit ich sehe, zum ersten Male geschehen durch den Mund von Bonar Law am 25. Juli 1917, 19 Tage nach dem Erzbergerschen Vorstoß im Hauptausschuß und sechs Tage nach der Julisolution.

Damals hat Herr Erzberger den „Verständigungsfrieden“ totgeschlagen und dem Gewaltfrieden von Versailles den Weg gebahnt. Kein „Haltet den Dieb!“, kein Vertrauensvotum seiner ergebenen Mehrheit, kein Maueranschlag seiner Reden wird ihn von dieser Schuld befreien! Für die Aufklärung des Volkes wird in jeder Weise gesorgt werden.

Schlußwort

Das ist Herr Erzberger!

Ich habe ihn in der vorstehenden Auseinandersetzung mit seinen eignen Worten reden lassen, damit der Leser von dem Manne, der heute Deutschland regiert, ein naturgetreues Selbstbildnis erhält.

Das ist Herr Erzberger, der als schwerindustrieller Aufsichtsrat einer der schlimmsten Annexionisten war und dann nach seiner plötzlichen und nicht freiwilligen Abkehr von der Schwerindustrie nicht genug Worte der Verdammnis und Verhetzung gegen die Schwerindustrie und die Annexionisten finden kann!

Das ist Herr Erzberger, der sich gegen die von allen Seiten auf sein politisches und persönliches Verhalten anstürmenden Anklagen nicht etwa dadurch schützt, daß er diese unwiderleglichen Anklagen zu widerlegen sucht, sondern dadurch, daß er falsche und verleumderische Anklagen gegen seine Ankläger erhebt!

Das ist Herr Erzberger, der nicht doppelt und dreifach, sondern zehn- und zwanzigfach von allen Seiten der bewußten Unwahrheit geziehen wird;

der sich eine unsaubere Vermischung politischer Tätigkeit und eigner Geldinteressen zum Vorwurf machen lassen muß;

der auf alle diese Anschuldigungen trotz schärfster Herausforderung nicht klagt, sondern kneift und nach Art des bedrohten Tintenfisches das Wasser trübt, um zu entwischen!

Das ist Herr Erzberger, der den sich häufenden Anklagen gegen seine Person in offener Nationalversammlung damit zu begegnen sucht, daß er seine Ankläger mit Denunziation bei der Entente und Auslieferung aufgrund des Schmach-Paragraphen des Erzbergerfriedens bedroht.

Das ist Herr Erzberger, der zur Rettung der eigenen Person das deutsche Volk in maßlose Erregung zu versetzen sucht, indem er eine in sich aussichtslose päpstliche Demarche, die er seit zwei Jahren kannte, jetzt mit einem Male zu einem von der Obersten Heeresleitung, der früheren Reichsleitung, der Schwerindustrie, den Alldeutschen und seinen sonstigen Gegnern sabotierten englischen Friedensangebot umfälscht.

Das ist Herr Erzberger, von dem nichts die schwere, unsühnbare Schuld abwaschen wird, daß er im Sommer 1917 die damals heranreifende Friedensmöglichkeit zerstört hat,

der in der Zeit, in der unsre Feinde unter dem Druck des U-Bootkrieges, unsrer militärischen Erfolge und des beginnenden russischen Zusammenbruchs weich zu werden anfingen, sich von dem österreichischen Kaiser und mehr noch von dessen bourbonisch-parmesischer Verwandtschaft für die Sabotierung des deutschen Willens zum Widerstand einfangen ließ.

Das ist Herr Erzberger, der im entscheidenden Augenblick des Krieges im Sinne seiner habsburg-bourbonischen Auftraggeber die deutsche Politik mit seiner Juli-Aktion hinterrücks überfiel, im deutschen Volk den Glauben an den Sieg und damit die Kraft zum Sieg zerstörte, bei unseren Feinden den wankenden Glauben an den Sieg wieder aufrichtete und den Willen zum Sieg neu bestärkte;

der hinter dem Rücken des österreichisch-ungarischen Außenministers sich dessen zum Druck auf den Deutschen Kaiser verfaßten Geheimbericht von dem österreichischen Kaiser aushändigen ließ, der diesen verhängnisvollen Geheimbericht in Parteiversammlungen preisgab und ihn nach der Aussage des Grafen Czernin zur Kenntnis unserer Feinde gelangen ließ; der damit nach dem Zeugnis unsrer Feinde selbst ihnen die volle Gewißheit des Sieges gab und jede Geneigtheit, sich mit uns über einen ehrenvollen Frieden zu verständigen, endgültig ausrottete!

Das ist Herr Erzberger, dessen Namen mit Recht unter dem elenden Waffenstillstandsvertrag steht.

Das ist Herr Erzberger, der während des Waffenstillstands der Entente half, uns finanziell zu knebeln, der unsere Handelsflotte in die Häfen der Entente steuerte!

Das ist Herr Erzberger, der uns nach Versailles geführt hat, der während der Friedensverhandlungen den Feinden

seine Bereitwilligkeit zu erkennen gab, den Schand- und Knechtschaftsfrieden bedingungslos zu unterzeichnen, der damit die Auslieferung des Kaisers und andrer deutscher Männer auf dem Gewissen hat, der aber in Erkenntnis seines Werkes sich von der Unterzeichnung seines Friedens zu drücken wußte!

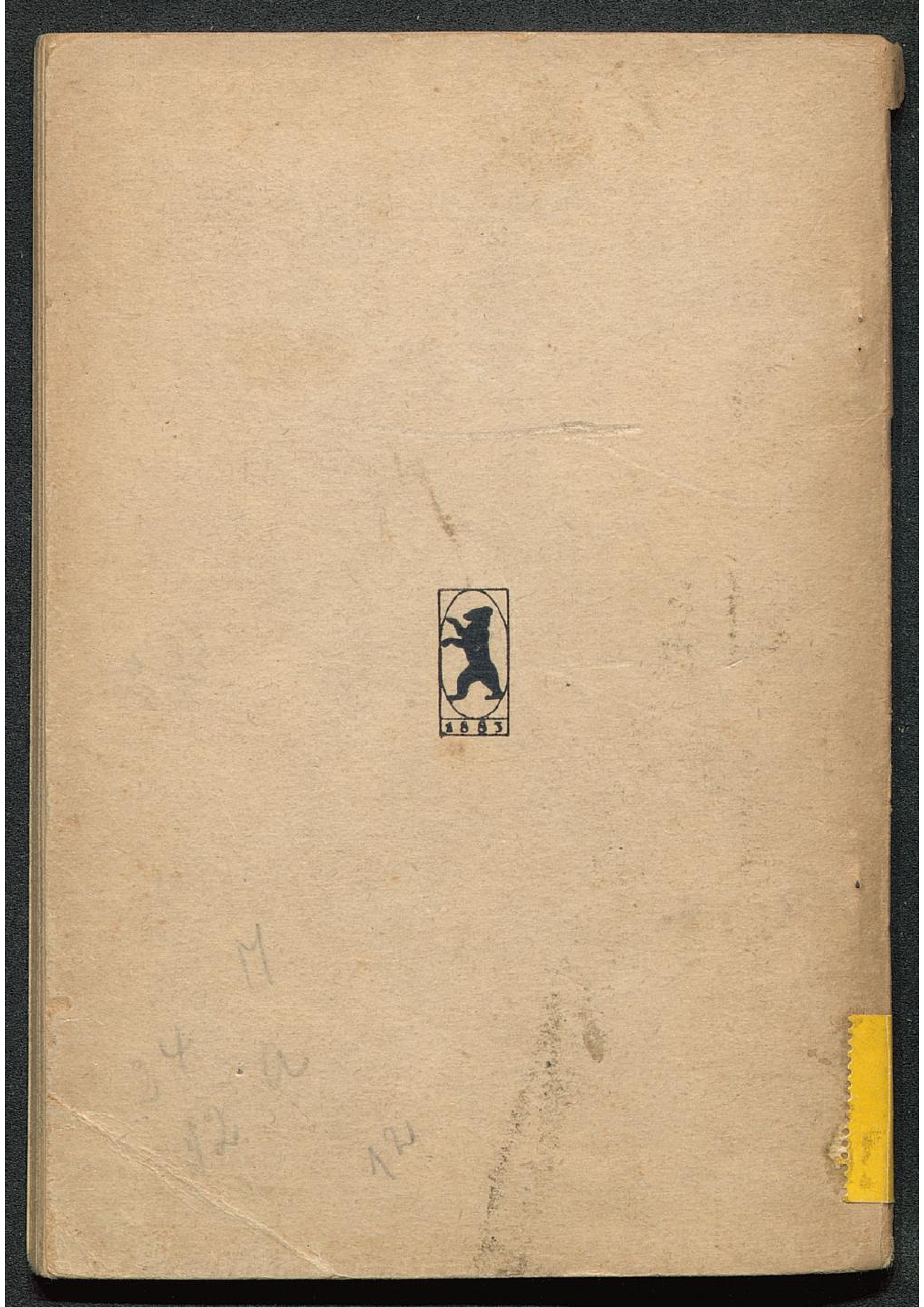
Das ist Herr Erzberger, dessen Namen trotzdem für alle Zeit mit Deutschlands Not und Deutschlands Schmach unlösbar verbunden sein wird!

Das ist Herr Erzberger, der das deutsche Volk mit dem geringen moralischen, politischen und wirtschaftlichen Kapital, das es aus dem Zusammenbruch noch gerettet hat, zur gänzlichen Vernichtung führen wird, wenn ihm nicht endlich das Handwerk gelegt wird!

Deshalb gibt es für das deutsche Volk nur eine Rettung. Überall im Lande muß mit unwiderstehlicher Gewalt der Ruf ertönen:

Fort mit Erzberger!




1883